

46. Jahrgang

4-2013

€ 4,50

DÖTZE & STIFTE!

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
An Hans Paasche erinnern
4 *Wolfgang Belitz*
Es geht auch anders.

Schwerpunkt: Dötze & Stifte I

- 5** *Anton Schlösser*
Wie die beste Welt eine Falle sein kann –
 oder der Nutzen eines Missverständnisses
Manfred Walz
6 **Stadt der Zukunft – Stadt der Kinder**
Annette Nitschmann-Mares
7 **Kinderarmut im Ruhrgebiet**
Maria Schaffrin / Irmgard Schaffrin
8 **Dann wollten alle Kinder Bonze sein**
 Projektgruppe Brehlohstraße 1973/2013 (I)
Joachim Glenneschuster
10 **Ungleiches muss ungleich behandelt werden!**
 Kinderarmut in Recklinghausen
Sabine Gembalczyk / Margarete Müller
11 **Ombudschaft (I)** Durchsetzung der Rechte von
 Kindern, Jugendlichen und sorgeberechtigten Eltern
 in NRW
Björn Redmann
12 **Ombudschaft (II)**
 Zwischen Widerstand und Verstrickung
Jan Jostarndt
14 **10 Jahre autonome Subkultur**
 Das AKZ Recklinghausen
Peter Strege
16 **schön wärs, wenns so einfach wär**

Ruhrgebiet

- 18** *Ingrid Krau*
Duisburg schafft sich ab –
 oder lässt sich aus der Geschichte lernen?
Leo Löwe
20 **Duisburg – eine Stadt wird zerstört**
Sebastian Müller / Manfred Walz
21 **Ideenwettbewerb „metropoleruhr“, letzter Teil**
 Fünf Utopien für das Ruhrgebiet zündelten am
 Regionalplan Ruhr

1WURF

- 13** *Johanna Fleischhauer*
Aufrüstung gegen Menschen in Not

Menschenorte 20

- 15** *Christopher Deutsch / Manfred Walz*
Schnick-Schnack – Wandel durch Zirkus

Palästina

- 23** *Susanne Hefekäuser – 7. Oktober 2013*
Kindheit in Hebron –
 zwischen Mauern, Waffen und Stacheldraht
(weitere immer aktuelle Infos auf
www.palaestina-portal.eu
und im Blog von Dr. Viktoria Waltz:
zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com)

Editorial

Mit diesem *AMOS* 4|2013 erscheint das erste von zwei aufeinanderfolgenden Heften zu Dötzen (Blagen, Eumeln, Föttken, Furzknoten, Kindern, Kötteln, Krötzen, Kurzen, Lütten, Rotzigen, Stöpseln) und Stiften (Azubis, Geräten, Gibbeltanten, Halbstarke, Jugendlichen, Keulen, Schicksen, Torten und Tussis).

Mit etwas anderen Stiften findet sich gleich auf der 1. Seite (und auf der einen Seite des Einlegers – unserer ‚Jahresgabe 2013‘) eine kleine Revolution, immerhin gibt hier *Manfred Walz* die Manege frei: Dötze (*Felix*, 6 Jahre u.a.) besetzen die linke (vermeintliche!) Renter-BRAVO. Auf der anderen Frontseite der Jahresgabe öffnet *Sabine Matzke* rostig, neue Perspektiven, mit denen sich auch im Schwerpunktteil anfangs *Anton Schlösser*, wiederum *Manfred Walz* sowie *Ingrid* und *Maria Schaffrin* und abschließend *Peter Strege* auseinandersetzen.

Noch eine mehr als kleine *AMOS*-Innovation: das Ruhrgebiet – von wo aus wir uns stets die mögliche Welt zu erschließen versuchen – bekommt eine eigene Rubrik, hier und auch in folgenden Heften (1|2014 zu Dötzen & Stiften II, 2|2014 zur Frage, wem die Stadt gehört, 3|2014 zu Medien und 4|2014 zu Migration, Flüchtlingen und Grenzen). Gar nicht bunt und zu neuen, besseren Ufern aufbrechend wird hier von *Ingrid Krau* und *Leo Löwe* auf städteplanerische Sauereien pars pro toto in Duisburg aufmerksam gemacht. *Sebastian Müller* und *Manfred Walz* berichten vom Finale (zur Vorgeschichte s. *AMOS* 3|2013, S. 20f) des Ideenwettbewerbs zur ‚Metropole‘ Ruhr.

Zwischen Titelbild und Ruhrubrik regen sich zu Recht unsere neue Jahreskolumnistin *Johanna Fleischhauer* (Die Redaktion sagt herzlich danke!), *Joachim Glenneschuster* und *Annette Nitschmann-Mares* darüber auf, was wir und andere Kindern, Jugendlichen und anderen Menschen vor-enthalten, führen *Sabine Gembalczyk*, *Margarete Müller* und *Björn Redmann* in Wohl und Wehe der Durchsetzung von Jugendhilferechten ein und bieten *Jan Jostarndt*, *Christopher Deutsch* und *Manfred Walz* einigen Anlass zur Hoffnung, dass ‚unsere Jugend‘ so erfolgreich von sich abgelenkt, enturzelt und verstummt gar nicht ist. Selbiges verdeutlichen auch die vom Marler Kinderschutzbund zur Verfügung gestellten O-Töne: Lebenslust und Durst nach Gerechtigkeit sind unausrottbar, auch wenn Menschen hierfür umgebracht werden oder hierüber einfach ans Ende ihrer Kräfte gelangen, wie in den Kolumnen von *Wolfgang Belitz* und *Hermann Schulz* und der Rubrik *Palästina*.

Glück Aufregen! und Zuversicht wünscht *AMOS* für 2014 dankend allen am Heft herstellend und lesend Beteiligten ...

... und erinnert daran, dass es sich auch verschenken lässt, zu Weihnachten und anderen Geburtstagen (s. beiliegendes Geschenk-Abo). Auch neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen im *AMOS* e.V. (siehe www.amos-zeitschrift.de).

Beilagenhinweis

Der ABO-Auflage liegt bei:
 Ökumenischer Informationsdienst ÖID 3 | 2013

Impressum ...	Seite 7
Abo-Bestellschein ...	Seite 19
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 4, 9, 11, 12, 13, 20
Anzeige BUKO	Seite 3
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 5
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 17
Anzeige KD-Bank	Seite 22
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

An Hans Paasche erinnern

Seine Tochter Helga starb im Mai 2011 hochbetagt in Dießen am Ammersee. Eine ihrer letzten Handlungen bestand in einer Geldüberweisung, um ein Buch von Afrikanern über afrikanische Persönlichkeiten zu fördern – ein Buch, das im Frühjahr 2014 unter der Herausgeberschaft von Dr. Moustapha Diallo erscheinen wird.

Helga Paasche war als Kind Augenzeugin gewesen, als Freikorps-Soldaten der Brigade Ehrhardt ihren Vater im Mai 1921 auf seinem Gut Waldfrieden in der damaligen Provinz Posen (nahe dem Ort Krzyz im heutigen Polen) erschossen. Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Nach Paasches Ermordung widmete ihm Kurt Tucholsky, der auch die Beerdigungsansprache hielt, in der „Weltbühne“ ein Gedicht:

„Wieder einer. Ein müder Mann,
der müde über die Deutschen sann.
Den preußischen Geist, er kannte ihn
aus dem Heer und aus den Kolonien,
aus der großen Zeit – er mochte nicht mehr.
Er hasste dieses höllische Heer.
Er liebte die Menschen Er hasste Sergeanten(...)
Ein toter Mann. Ein Stiller. Ein Reiner.
Wieder einer. Wieder einer.“

Es ist aus guten Gründen wichtig, auch heute noch an Hans Paasche zu erinnern, auch wenn es schwer fällt, in kurzer Form seine Bedeutung auch nur in Grundzügen zu erfassen. Er wurde 1881 in Rostock geboren; sein Vater war Vizepräsident des Deutschen Reichstags. Hans wurde, vermutlich auf Wunsch seines Vaters, Marineoffizier und kam 1904 in die deutsche Kolonie Ostafrika. Er wurde Augenzeuge des Krieges (1905 – 1907; Maji-Maji-Aufstand) gegen zwanzig afrikanische Völker, die sich gegen das brutale Regime der Deutschen erhoben. Seine Versuche, zwischen den Fronten zu vermitteln, mussten scheitern, aber Hans Paasche gewann eine eigene Haltung zu Gewalt und Unterdrückung in den Kolonien und zur Vernichtung der Naturschätze. Er machte das, was er erlebte und sah, in zahlreichen Artikeln öffentlich.

1912/1913 erschien in der von ihm mitherausgegebenen Halbmonatsschrift „Der Vortrupp“ ein – fiktiver – Reisebericht (aus der Feder von Paasche), bestehend aus neun Einzelbriefen, mit dem Titel „Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland“. Der deutlich anti-rassistische, anti-kolonialistische Text kam als Buch zwar erst 1921 heraus und wurde ein Bestseller, hatte aber in der Jugendbewegung schon am Vorabend des Ersten Weltkriegs eine breite Wirkung.

Durch solche und andere pazifistische und Lebensreform-Schriften landesweit bekannt geworden, war er im Oktober 1913 am Vorabend des Treffens der Freideutschen Jugend und von Wandervogelgruppen auf dem Hohen Meißner bei Kassel einer der Hauptredner.

Trotz seiner eigentlich pazifistischen Einstellung meldete sich der Patriot bei Beginn des Ersten Weltkriegs freiwillig,

wurde aber bereits 1916 unehrenhaft entlassen. Um ihn zu schützen, ließ ihn sein Vater in eine Nervenklinik einweisen. Von revoltierenden Matrosen 1918 befreit und nach Berlin gebracht, wurde er Mitglied im Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, einer vorläufigen Zentralinstanz, die in weiten Teilen Deutschlands die Funktion einer provisorischen Volksvertretung ausübte.

Im gleichen Jahr starb seine Frau infolge der Grippeepidemie. Hans Paasche beschloss, sich aus dem aktiven politischen Leben auf sein Landgut zurückzuziehen, um sich um seine vier Kinder zu kümmern. Aber seine publizistische Tätigkeit ging weiter, bis der Fememord sein Leben beendete.

Dieter Geißler: „In seiner (Hans Paasches) Person und in seinem Schicksal werden wesentliche Aspekte der deutschen Geschichte des ausgehenden 19. bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein deutlich: die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen in jener Umbruchzeit, die maßgeblich war für die Herausbildung der deutschen Jugendbewegung. Sein Denken und Handeln kann heute noch beispielgebend sein, denn seine Themen und Problemstellungen, sind heute noch ... z.T. aktueller als zu seinen Lebzeiten.“ (zit. nach Stichwort Nr. 196/ 2013).

Hermann Schulz (Verleger i.R.) lebt als Autor in Wuppertal. 2013 sind neu erschienen: „Mandela & Nelson. Das Rückspiel“ und „Warum wir Günter umbringen wollten“, letzteres mit Illustrationen von Marie Luisa Witte; beide Titel im Aladin-Verlag.

Hermann Schulz ist beteiligt am Buch „Mitten im Leben sind wir vom Tod umfängen“. Erzählungen über den 1. Weltkrieg, hg. von Alexandra Rak, Nachwort von Tilmann Spreckelsen (S. Fischer Verlag im April 2014).

„Alle sind sich einig, dass der Erste Weltkrieg für unseren Kontinent eine Zeitenwende bedeutete. Doch Politik und Geschichte betreffen auch jeden Einzelnen. Hochkarätige Autorinnen und Autoren machen durch ihre Texte den Ersten Weltkrieg für Jugendliche erfahrbar. ... Immer stehen die Einzelschicksale im Vordergrund, die zeigen, wie der Krieg in das Leben einbricht oder zum grausamen Alltag wird, in dem es irgendwie zu überleben gilt.“ (aus der Verlagsankündigung)



BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten & Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.

Darlehensgenossenschaft eG Kiel, BLZ 210 602 37, Kto.: 234 389

IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89, BIC/SWIFT GENODEF1EDG

www.buko-braucht-kohle.de

Wolfgang Belitz

Es geht auch anders.

Am 27. Oktober 2013 ist nach langer Krankheit Klaus Hoppmann im Alter von 86 Jahren verstorben. Der Verstorbene war eine außergewöhnliche Persönlichkeit und ein besonderer Unternehmer, der ein einmaliges Lebenswerk hinterlassen hat.

Vor genau 30 Jahren hat er mich als Sozialethiker und Pfarrer in den Vorstand der von ihm gegründeten Unternehmensträgerstiftung „Demokratie im Alltag“ geholt und vor 15 Jahren zum Vorsitzenden bestimmt. Mein Leben ist seither ganz eng mit dem Hoppmann-Modell und seinen Menschen verbunden.

Die Gründung der Stiftung im Jahre 1974 war der krönende Abschluss eines langen Reformprozesses, der 1961 begonnen hatte. Zunächst wurde eine Gewinnbeteiligung aller Mitarbeitenden eingeführt. Danach wurden Formen der Mitbestimmung auf allen Ebenen des Unternehmens eingerichtet. Zuletzt dann übertrug Klaus Hoppmann seinen gesamten Firmenbesitz als Stiftungsvermögen an die Stiftung.

Die Stiftung ist seitdem Alleingesellschafterin der Martin Hoppmann GmbH. Das Unternehmen gehört zu den großen Autohäusern in Deutschland mit heute 7 Fabrikaten und rund 300 Beschäftigten an 8 Standorten.

In der Satzung der Stiftung legte der Stifter die gemeinnützigen sozialen Zwecke der Stiftung fest, die in erster Linie auf die Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher gerichtet sind.

Klaus Hoppmann war einer der ganz wenigen bedeutenden Sozialreformer der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Das Hoppmann-Modell ist ein unübersehbares Zeichen für eine andere, weil gerechtere Art des Wirtschaftens. Es zeigt eine andere Art von Kapitalismus, einen Kapitalismus mit „menschlichem Antlitz“. Dies tritt uns gerade heute angesichts der neuen bizarren Verwerfungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise besonders deutlich vor Augen. Insbesondere die letzten Jahre der kapitalistischen Weltwirtschaft haben uns gezeigt, dass diese Art des Wirtschaftens ruinös ist und keine Zukunft hat. Klaus Hoppmann hat uns mit seinem Unternehmen bewiesen: Es geht auch anders.

Schon bald nach der Übernahme unternehmerischer Verantwortung in jungen Jahren stellte er sich eben diese Frage: Was ist Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben?

Seine Antworten auf diese Frage waren geprägt von seiner gründlich reflektierten christlich-humanistischen Weltanschauung, in der der Wert der Gerechtigkeit eine herausragende Rolle spielte.

Sein christliches Glaubensverständnis hatte ihn zu der Erkenntnis geführt, dass christlicher Glaube und soziale Weltverantwortung untrennbar miteinander verwoben sind. Das hieß für ihn: Der christlichen Nächstenliebe unter den Menschen muss die soziale Gerechtigkeit in den Institutionen der Gesellschaft als „Liebe durch Strukturen“ entsprechen. Diesem Zusammenhang war das Leben und Wirken des Verstorbenen gewidmet.

Gerechtigkeit bei der Verteilung der Macht und der Güter ist die Bedingung der Möglichkeit der individuellen Freiheit aller Menschen. Andernfalls bleibt sie das Privileg der Min-

derheit. Das Hoppmann-Modell löst die Verteilungsfrage von Macht und Geld auf der Ebene eines Wirtschaftsunternehmens beispielhaft auf geradezu spektakuläre Weise.

Die Einzelheiten und Entwicklungen des Hoppmann-Modells lassen sich heute in zahlreichen Veröffentlichungen nachlesen und verfolgen. In der Stunde des Abschieds von Klaus Hoppmann möchte ich auf das Ganze der Teile verweisen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist seit den Anfängen der Reformen vergangen. Entstanden ist ein sozialetisches Meisterwerk, das jeder Kenner nur mit Bewunderung zur Kenntnis nehmen kann. Im Grunde ist das Hoppmann-Modell ein „soziales Gesamtkunstwerk“, weil die kreativen Ideen nicht im Kopf des Denkers verblieben sind, sondern leibhaftige Gestalt angenommen haben in einem von zahllosen lebendigen Individuen gebildeten Organismus, der als kunstvoll komponierter Solitär aus der grauen Realität herausragt.

Dass das Werk gelungen ist, lag vor allem an der Persönlichkeit von Klaus Hoppmann. Er verfügte nicht nur über kreative Ideen und kluge Gedanken. Er besaß zudem die Fähigkeit, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so umzugehen, dass der lange Weg der Reformen gemeinsam gegangen werden konnte. Er begegnete den Menschen mit Empathie und Respekt. Er genoss größte Hochachtung unter der Belegschaft wegen seines bescheidenen Auftretens, seines menschenfreundlichen Wesens, seiner besonderen Art mit Konflikten und Problemen umzugehen und nicht zuletzt wegen seines feinen Humors.

Für die Mitglieder der Hoppmann-Stiftung, deren Vorsitzender ich bin, war es eine große Ehre, mit einer Persönlichkeit wie Klaus Hoppmann zusammen zu arbeiten.

Wir werden den Verstorbenen nicht nur in ehrenvoller und lebendiger Erinnerung behalten. Wir haben darüber hinaus die uns übertragene Aufgabe zu erfüllen, das Lebenswerk Klaus Hoppmanns zu erhalten, auf einem guten Weg weiterzuführen und zur Wirkung kommen zu lassen. Dabei gilt es, in seinem Geist und unter Bewahrung der Werte seiner Lebens- und Unternehmensphilosophie zu denken und zu handeln.

Literatur dazu

Klaus Hoppmann-König

Mehr Gerechtigkeit wagen. Autobiographische Collage
Münster 2006 (254 S.)

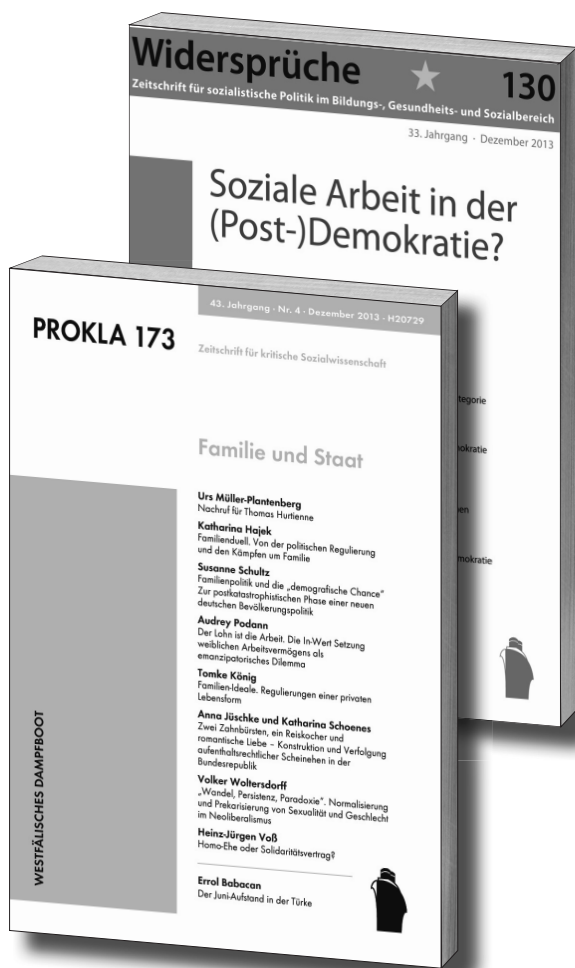
Wolfgang Belitz (Hg.)

HOPPMANN – Eine unternehmerische Alternative. Mit demokratischer Beteiligung und sozialer Gerechtigkeit zum wirtschaftlichen Erfolg
Lengerich 2011 (353 S.)

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von W. Belitz, erschienen 1998 bis 2010, sind nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von W. Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



PROKLA 173
Familie und Staat
 2013 - 152 Seiten - € 14,00
 ISBN: 978-3-89691-373-9

PROKLA 173 zielt auf den Zusammenhang zwischen Familie und Staat – und dessen historische Dynamik. Abseits tagesaktueller Debatten soll nach Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten zwischen kulturellem und sozioökonomischem Wandel einerseits, Familienmodellen und Familienideologien andererseits gefragt werden.

Widersprüche 130
Soziale Arbeit in der (Post-)Demokratie?
 2013 - 134 Seiten - € 15,00
 ISBN: 978-3-89691-990-8

Lässt sich die Diagnose der „Postdemokratie“ für eine demokratietheoretische Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit fruchtbar machen? Welche Konsequenzen ergeben sich für Bestrebungen einer (radikalen) Demokratisierung öffentlicher Institutionen im Bereich der Bildungs-, Erziehungs- und Sorgeleistungen?

Widersprüche 130 lotet das Verhältnis professioneller Sozialer Arbeit zur Demokratie kritisch aus.

Anton Schlösser

Wie die beste Welt eine Falle sein kann – oder der Nutzen eines Mißverständnisses

„Brezel, Feder, Pause, Klage, Firlefanz“
 Walter Benjamin, Denkbilder

Unsere Spinnerei über Kindersicht war ein aufregender Abend. Wir hielten uns die Kinderbilder als die besseren unter die Nase, beinahe mit dem Verbot, diese zu rümpfen. Was ist dagegen zu sagen, die eigenen Kleider wegzuwerfen, die uns machen – in den Keller zu Gottfried, wenn einem der Kalauer nicht zu schade ist.

Zu denken, wie Kinder denken: Ist das nicht eine vergewaltigende Aufforderung? Ich soll Bilderreihen, Denkbilder, Weltweisen, Kapriolen wie Spekulationsbilder ausfindig machen und backen, als sei ich ein Kind. In unserer Reihe saß kein Kind. Aber wie sollte ich sein wie ein Kind? Ich musste mich hüten vor der allfälligen Versuchung, kindisch zu sein – wie überall sonst auch hier auf Erleichterung zu verzichten. Aber von was muss ich mich denn freimachen, um zu denken, ich sei wie ein Kind? Wie soll ich das finden in meiner Welt, wenn nicht im Wahnsinn oder der Poesie? Finden so, dass es nicht zu Attitüde gerinnt mit dem Mikro des Aufnahmeapparates in der Hand. Es ist ein befreiender Gedanke, die Welt in Kindersicht zu öffnen. Aber wird das ihrer Wirklichkeit gerecht? Oder zeigt es nur, was ich verloren habe, und was sie, die Kinder, verlieren werden mit jedem Tag. Ich müsste, was zum Material der Zeit geronnen ist, aus dem Prokrustesbett in die Offenheit der Idealität, das heißt der Zeitlosigkeit, heben.

Natürlich ist das Leben ohne diese Öffnung schwer auszuhalten – nicht auszuhalten. Aber es ändert nichts an der Unerbittlichkeit des Fortschreitens, in der wir jeden Augenblick hinter uns lassen. Das ist kein Kinderblick, das ist der Blick Kafkas und die Unerbittlichkeit, dass kein Augenblick zu wiederholen ist. Die Kinder denken mit der instrumentellen Welt, in die sie hineingeboren sind. Sie eignen sich die Welt der digitalen Vernetzung an – und mehr noch, was ich nur erahnen kann. Sie sind unmittelbar, solange sie nicht verbildet sind, und ich habe die naive Frage: Sind sie deshalb freier als ich im selben Bett des Prokrustes?

Viele schöne Sätze gibt es über die Öffnung der Welt durch Kinderaugen. Aber die Augen sind nicht die Blicke. Es werden die Augenblicke – von denen ich mich zu befreien meine, wenn ich diese Welt mit Kinderaugen sehe.

Anton Schlösser, Jg. 1935, Studium der Medizin, Geschichte, Philosophie und Germanistik, Dr. med, 78 – 96 Leiter der im Rahmen der Psychiatrie-Enquete gegründeten Fachklinik Langenberg, lebt in Hattingen, engagiert seit Anfang der 70er Jahre in der Friedensbewegung und der Sozialpsychiatrie.

**dass man Kettcar fahren kann
 ein Buch, damit ihre Eltern ihnen
 Gutenachtgeschichten vorlesen können**



Manfred Walz

Stadt der Zukunft – Stadt der Kinder

Im Rahmen der Diskussion um eine Gesellschaft, die – zumindest in Deutschland – einen Anstieg der Lebensjahre erwartet, sind die Überlegungen der Planenden in den Kommunen zunehmend auf die stark wachsende Gruppe der Älteren gerichtet. Diese Gruppe wird nach den Prognosen für das Ruhrgebiet bis 2020 deutlich über 20% der Bevölkerung erreichen. Demgegenüber sind die Interessen der Kinder zweifach in den Hintergrund geraten, zum einen wegen ihres relativen zurückgehenden Anteils, zum anderen, weil sie als Zielgruppe keine deutliche Stimme haben, sondern weil ihre Wahrnehmungs- und Bewegungsformen sowie ihre Interessen im „Lebensort Stadt“ – kurz: ihre Anforderungen an den Planenden – weitgehend unbekannt sind. Sehen wir mal von den rechtlichen Regeln für die Spielplatzgestaltung ab.

Kinder in der Stadt

In den Innenstädten gibt es kaum noch Kinder. Innenstädte sind für sie Herausforderungen an die spielerische Aneignung, die Wohnstraßen sind von Autos zugestellt und die wenigen Freiflächen sind abgesperrt – wie übrigens auch die der Dortmunder Weststadt, die wir mit Kindern untersuchten.

Die Stadt ist asphaltiert und aufgeteilt, Bäume und freie Restflächen sind selten: Die steinerne Stadt ist kein einfacher Ort für Kinder.

„Im Alter zwischen fünf und acht Jahren verlassen Kinder die Städte. Ein wichtiger Grund dieser Flucht ist, dass die Stadt als Lebensraum für Kinder zunehmend ungeeignet ist (...). Kinder wollen keine organisierten zweckgebundenen Räume (...). Sie möchten sich frei durch die Viertel bewegen ...“, sagt ein Wissenschaftler.



Foto: Manfred Walz

Und die Planenden?

Unser Ziel ist und war: Die Stadt soll eine gute Wohnung sein – auch und insbesondere für Kinder. Wie, wenn nicht in ihrer Kindheit und Jugend, können sie das Leben in der Stadt entdecken –, sicher besser als z.B. in den Einfamilienhausgebieten am Nord- oder Südrand der Stadtregion Ruhrgebiet.

Wenn wir also mit und für Kinder planen, müssen wir zunächst lernen: Wie erfahren Kinder ihre Stadt, wie bewegen sie sich in der Straße, wo sind ihre Lieblingsplätze, wie können sie ihre Vorstellungen vernehmbar formulieren?

Kinder zeigen ihre Stadt

Wir haben die Kinder nicht nur gefragt, sondern versucht zu sehen, wie sie ihre Umwelt erfahren. Wir sehen sie als Subjekte, uns sehen wir zunächst als Lernende.

Wir haben mit ihnen zunächst Stadtpaziergänge gemacht, sie haben die Wege bestimmt, sie haben uns ihre Stadt erzählt und gezeigt – ganze Passagen wie der einäugige Polyphem – mit der Kopfkamera auf der Stirn.



Foto: Manuela Borg

Die Ergebnisse geben neue Fragen: Kinder haben eine niedrigere Augenebene und kürzere Beine als Erwachsene. Sie bewegen sich also anders in der Straße. Ihre Bewegungen sind spontan, offen für Ereignisse und für die Verlockungen am Weg, sie bewegen sich kommunikativ und in deutlichem Kontakt zu ihren Weggefährten. Ihr Bewegungsrhythmus wechselt daher oft. Der Bürgersteig engt ein durch parkende Autos, Er ist eben kein Kindersteig. Sie gehen oft nahe an der Hauswand.

Fast alle Kinder müssen lange laufen, um gefahrlos ihre Freunde zu treffen. Die Stadt ist kein Spiel- oder Bewegungsraum, sondern eine Welt aus verschiedenen Inseln, die sie erreichen wollen.

Ihr Lieblingsort in der Stadt ist immer ein besonderer Ort, den Erwachsene in der Regel nicht finden oder noch weniger für sich entdecken würden: Eine steinerne, eine grüne oder sandige Lücke in der steinernen Stadt, verdeckt vor den Blicken der Erwachsenen, reicht aus. Es sind Orte, die nicht von anderen vorgeprägt sind, sondern die spontan besucht, spielend verändert und angeeignet werden können – Lieblingsspielplätze eben.

Wie planen mit Kindern?

Wenn wir mit Kindern planen, handeln wir mit ihnen als Subjekte. So wie wir sie in ihrem Stadtteil besuchen, besuchen sie uns draußen in der Hochschule.

Wir kommunizieren möglichst und buchstäblich auf Au-

genhöhe miteinander: Es geht um ihren Ort, den sie kennen. Das Planungsergebnis soll anfassbar sein und schließlich erkennbar zu Ergebnissen und Realisierungen führen. Und nicht zuletzt: Die gesprochene Sprache, besonders die Planersprache, ist nicht die der Kinder. Sprache ist generell nur begrenzt tauglich, Aussagen und Sichten der Kinder „zu heben“. Wir versuchen deshalb, weitgehend mit Bildern und Materialien zu arbeiten, um die Kinder zu erreichen.

Bei der Entwicklung von Nutzungs- und Bauvorstellungen haben wir z.B. eine methodisch aufbauende Folge von „nichtsprachlichen Mitteln“ erprobt, z.B. mit Zeichnungen, Maskenmontagen, filmischen und figuralen Mitteln.

Kinder sind Subjekte in der Planung!

Über Projektion ihrer eingefrorenen Gestik auf eine Pappe schneidet jedes der Kinder ein lebensgroßes und bemaltes Abbild seiner selbst. Mit ihm wurden die nächsten Straßen und Bürgersteige „ausgemessen“. Sie sind sechs bis acht – bzw. nur eineinhalb Kinder breit. Straßen und Lieblingsspielplätze werden so bezeichnet und die Verhältnisse der Stadträume verglichen. Als dann die Abbilder im Stadtraum übernachten sollen, weigern sich die Kinder. Die Pappkameraden erleben die Nacht schließlich hinter den Schaufenstern eines ‚mitführenden‘ Buchladens.

Unsere Aufgabe ist dann, die Vorstellungen und Vorschläge der Kinder mit ihnen zu bereden und in Planungssprache zu übersetzen. Schließlich diskutieren wir notwendige Vorschläge zur kindergerechten Umgestaltung der steinernen Stadt. Gemeinsam wird die Rückgewinnung und der Rückbau eines bestimmten Straßenraums für Kinder angegangen. Davon soll – so die Zusage der Stadt – etwas abgewogen und realisiert werden. Nachdem die erwachsenen Planenden die Fragen fachlich gesichert und den Straßenraum von Autos auch fachargumentativ „freigeschaufelt“ haben, stellen die kleinen Planenden mit ihren Mitteln die erarbeiteten Lösungen für den Stadtraum dar. Und siehe da, die Stadt hat ein offenes Ohr und wenig Gegenargumente – zumal die Kinder ihre Planung sehr selbstbewusst in der lokalen Öffentlichkeit vorstellen.

Die Realisierungen in diesem Fall waren – wie so oft in anderen Fällen – minimal.

Die Stadt „arbeitete den Vorschlag klein“: Ein langer Randstein wurde versetzt, ein paar Parkplätze verlegt. Wichtig, dass die Planenden da an der Seite der Kinder bleiben, indem sie deren Vorschläge gegen die Argumente der Realisierer verteidigen. Oft genug bleibt, wenn anfänglich eingeholte Versprechen nicht voll eingelöst werden, sie für die Kinder verständlich zu übersetzen.

Und dennoch:

Die Ergebnisse können zeigen, dass auch andere Bewohnergruppen, z.B. die Älteren, die Fußgänger, die umweltbewussten und autolosen Bewohner bei diesen Vorschlägen der Kinder ebenso bessere Qualitäten für ihr Wohnquartier gewinnen können.

Dann kann gesagt werden: Stadt aus Sicht der Kinder – eine Stadt mit Zukunft!

Manfred Walz, Jg. 1940, in Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend und seit 1984 Titelbildzeichner für AMOS

Es bleibt leider aktuell, was Annette Nitschmann-Mares in AMOS 3|2012 geschrieben hatte. Wir dokumentieren im Auszug:

„Kinderarmut im Ruhrgebiet.
Mit betroffenen Kindern über ihre Lebenssituation reden

In den vielen Jahren als Sozialarbeiterin fand ich es immer wichtig und hilfreich, mit den betroffenen Kindern über ihre Lebenssituation zu sprechen.

So erzählte mir ein Junge im Kindergartenalter von seinen Hungererfahrungen. Seine beiden älteren Geschwister versuchten Situation in wacher Aufmerksamkeit vorab einzuordnen, um rechtzeitig einige Lebensmittel für Krisenzeiten im Kinderzimmer zu horten, wenn ihr Vater das Geld für seinen Alkoholkonsum ausgab. Der Junge berichtete, dass es häufig nichts zum Essen gab und er dann Steine gelutscht habe, um sein Hungergefühl zu dämpfen. Auf die Idee sei er gekommen, als er mal wieder abends im Bett sehr hungrig gewesen sei.

In einem anderen Fall wurden zwei Jungen (2 und 4 Jahre) tagsüber oft alleine in der Wohnung zurückgelassen, gemeinsam mit den beiden Hunden, während die Eltern ihrer Tätigkeit als Schrotthändler nachgingen. Das ältere Kind erzählte, dass sie sich die Hundefutterdosen mit den Tieren geteilt hätten, wenn ihre Mutter ihnen für den Tag nichts eingekauft hatte.

Wenn Eltern für die Versorgung der Kinder ausfallen, bilden die Kinder nicht selten eine „Notgemeinschaft“ und die Älteren kümmern sich dann um die jüngeren Geschwister. So geschehen in einer Familie, wo ein Junge sich um seinen erst einige Monate alten Bruder kümmerte. Er organisierte Babynahrung, um seinem Bruder die Flasche geben zu können. Auf meine Frage, wie er denn an Wasser gekommen sei, da er selber noch nicht an den Wasserhahn reichen könne, entgegnete er: „Das Wasser für die Flasche habe ich aus der Toilette geholt.“

Annette Nitschmann-Mares, Diplom-Sozialpädagogin, lebt und arbeitet in Herne, seit 1980 beim Jugendamt der Stadt (zuerst erschienen in AMOS 3|2012, s.12).

dass die Armen nicht mehr arm sind, dass sie ganz normale Menschen werden wie wir und dass sie Trinken, Essen und Süßigkeiten haben

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: http://amos-zeitschrift.de

Konto:
AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

ISSN 1615 - 3278 **Erscheinungsweise:** 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Stregge, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Benjamin Benz

Schlussredaktion:
Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Felix, 6 Jahre
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl
Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „ilex.de“ (Leipzig).

Maria Schaffrin / Irmgard Schaffrin

Dann wollten alle Kinder Bonze sein Projektgruppe Brehlohstraße 1973/2013 (I)

Kinder, Kinder! ...

... ist das nötig?

Sich erinnern: an das Ende der 60er, den Beginn der 70er Jahre? In einem gewissen Alter dürfte das nicht schwerfallen. Den Jüngeren wird vielleicht ein „Aha! Die 68er“ einfallen und sie könnten sich fragen, welche „Geschichten“ jetzt wieder aufgetischt werden (<http://de.wikipedia.org/wiki/68er-Bewegung>).

Keine Angst, wir nennen hier nur ein paar Stichworte und erinnern fast im Vorbeigehen an einige Momente in der Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Bochum in diesen Jahren.

Jugend, Frauen, Schwule, StudentInnen, alle sind in Bewegung. Kritik an Erziehung, Familienstrukturen, am Vietnamkrieg, die Suche nach dem revolutionären Subjekt, um alle Verhältnisse umzukrempeln. Vor allem die Jüngeren sind auf der Straße, demonstrieren, diskutieren.



Selbst in den Betrieben rumort es: Im September 1969 legten mehr als 140.000 Beschäftigte bundesweit ohne die Unterstützung ihrer Gewerkschaften innerhalb von zwei Wochen die Arbeit nieder.

Etlliche Studenten gehen in die Betriebe, um so die Revolution voranzutreiben. Andere entscheiden sich für den bewaffneten Kampf im Untergrund (https://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Armee_Fraktion).

1971 wird Greenpeace in Kanada gegründet, Ende 1972 erscheint im Auftrag des Club of Rome die Studie „Die Grenzen des Wachstums“. Dazwischen liegen u.a. das Ende der RAF, der Watergate-Skandal und der Terroranschlag bei den Olympischen Spielen in München.

Und was tut sich in Bochum? Da steigt 1971 der VfL Bochum in die erste Liga auf. Opel Bochum boomt, beschäftigt bundesweit fast 60.000 MitarbeiterInnen und hat mehr Marktanteile als VW.

Die 1962 gegründete Ruhr-Universität wird immer größer und hat zu Beginn der 1970er Jahre bald 12.000 Studierende.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Aufbruchstimmung entwickelte sich die ESG zum Treffpunkt für unterschiedlichste Leute und Gruppierungen.

So wurde sie auch Zuflucht der studentischen Projektgruppe Brehlohstraße im Frühjahr 1971. Es waren Studierende aus pädagogischen, sozialwissenschaftlichen und psychologischen Fachbereichen, die sich für die antiautoritären Kinderläden der Studentenbewegung begeisterten. Doch schnell kritisierten sie deren kleinbürgerliche Methoden. Auf den

studentischen Büchertischen fanden sie entsprechende Literatur dazu (z.B. Hoernle, E.: Grundfragen proletarischer Erziehung, Frankfurt am Main 1971). Es kommt zu einer Wiederbelebung der Traditionen der Arbeiterbewegung und ihrer proletarischen Erziehungspraxis.

Die Projektgruppe Brehlohstraße setzt auf eine proletarische Erziehung, die schon im Vorschulkind ein Klassenbewusstsein wecken sollte. Es ging um eine Kinderbewegung, die sich einmischt und Teil der Arbeiterbewegung wird. Die zukünftigen Proletarier sollten lernen, ihr vorbestimmtes Leben in kapitalistischen Verhältnissen zu kritisieren und die Fähigkeit erwerben, sich als Klasse von diesen Verhältnissen zu befreien.

Ihre Kritik am selektiven Bildungssystem ging weiter als nur dahin, die Verstärkung der sozialen Unterschiede zu bemängeln. Die Studierenden stellten das pure ökonomische Kalkül des Schulsystems heraus, das wie durch Wunderhand den gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräften produziert, von der herrschenden Elite bis zum braven Billiglöhner.

Eine kleine „Bildungsrevolution“ entwickelte sich mit Kindern aus dem wohl schlimmsten Obdachlosenasyl „Brehlohstraße“ in Bochum ab dem WS 1970. Zunächst bestehen dort noch Kinderladenräume. Da die Stadt Bochum die Arbeit aber verhindern will, muss die Arbeit in den Räumen der „ESG-Baracke“ (ein einfacher Flachbau) fortgesetzt werden.

... was macht ihr da?

Ungefähr 10 Kinder wurden mit dem Auto vom Obdachlosenasyl abgeholt. Sie lernten im Wald, auf dem Unigelände, in der Mensa, an der Ruhr, im Rathaus, in der Villa Hügel, an allen möglichen Orten ihre Umwelt zu deuten und auf den Klassengegensatz zurückzuführen. Diesen Impuls hatten die Studierenden zu geben. Und das war gar nicht so einfach. Die Kinder hatten einen unbändigen Drang, jede Situation spielerisch zu erobern, sie kreativ in ihrem Sinne umzuwandeln. Diese Trouble-Aktion ließ jeden Erziehenden an sich und seiner guten Absicht zweifeln.

Für die Studierenden war es eine konfliktreiche und bewegungsintensive Projektarbeit. Weitere kindliche Vorlieben

waren: Autofahren, Essen und Trinken – und sich in den Uni-toiletten aufhalten. In den warmen und sauberen Waschräumen konnten sie sich so lange die Hände waschen, bis der Seifenspender leer war. Die Kinder sprachen derb, direkt, laut, ihre Schimpfwörter waren sexuell aufgeladen und drückten ihre widersprüchlichen Emotionen aus. Gemeinsam spontan

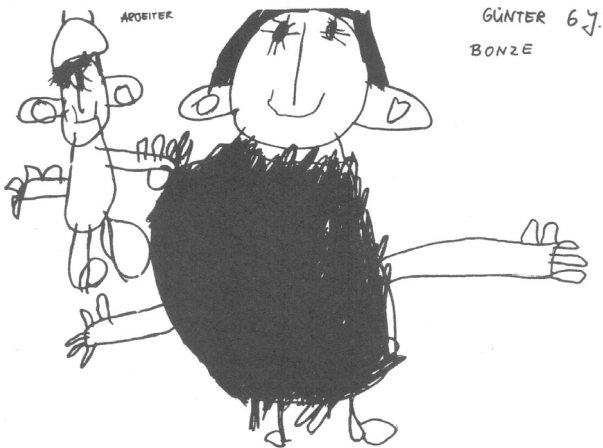


erfundene Sprüche wie zum Beispiel: „Uwe Seeler hat ein Fehler“ verbanden sie zum Kollektiv. Geheul und Freuden-schreie gehörten dazu.

Großes Interesse weckte die Herstellung von Produkten für den eigenen Gebrauch: Stelzen, Schiffe, Drachen, Haus- und Deichbau. Die Motivation hielt, die Kinder halfen sich gegenseitig. Das Highlight kam zum Schluss, wenn die hergestellten Produkte den Attacken der Kinder standhielten.

Die politischen Unterweisungen waren für uns Studierende eigentlich auch Neuland – und gerade deswegen mit großen Erwartungen besetzt. Intuitiv erlebten die Kinder über ihre Eltern und Geschwister, dass die Gesellschaft kein großes Engagement entwickelt, den proletarischen Nachwuchs zu qualifizieren, damit er erfolgreich in der Konkurrenz zwischen Warenbesitzern und Warenverkäufern bestehen kann. Das Angebot erschöpft sich in Sonderschulen, unqualifizierter Arbeit und Arbeitslosigkeit.

Gegen diese Zuschreibung setzten wir widerständiges Klassenbewusstsein: Alles, was uns umgibt, ist von ArbeiterInnen hergestellt, aber die Produkte besitzen die Bonzen. Das ist kein Naturgesetz, das können die Lohnarbeitenden ändern. Das war der Grundbaustein. Das musste sitzen. Deswegen reichten die immer wieder eingestreuten Erklärungen nicht aus. Durch das Simulieren von Arbeitssituationen sollte vermittelt werden, wie Mehrwert entsteht und wer sich den privat einsteckt. In den Simulationen drehte sich alles um den Klassengegensatz: Kapitalisten gegen Arbeiter und wie der Reichtum verteilt wird. Wenn es galt, die Rollen zu verteilen (Bonze, Landarbeiter, Ladenbesitzer etc.), dann wollten alle Kinder Bonze sein. Das war die beliebteste Figur. Zu einem einheitlichen Kollektiv schloss sich die Kindergruppe dagegen blitzschnell zusammen, wenn es gegen Leute ging, die rein zufällig als Störfaktor begriffen wurden.



Wäre unser emanzipatorisches Erziehungsprojekt erfolgreich gewesen, dann hätte die Figur des Bonzen oder Bosses wohl weniger Zuspruch, sondern mehr Verachtung hervorge-rufen.

... das darf doch nicht wahr sein!

Die Probleme mit dem Bildungssystem, die Ausgrenzung von sozial schwachen Kindern sind leider weiter aktuell, das Obdachlosenasyl ist zum Glück verschwunden. Wach bleibt die Erinnerung an ein „teach-in“ an der Ruhr-Uni zur Situation der Obdachlosen (April 72) mit spontanem „go-in“ in der Brelohstraße (große Beteiligung). In der Folge werden

einigen Familien nach und nach „normale“ Wohnungen an-geboten. Teile der Projektgruppe wenden sich bald anderen Aufgaben zu und unterstützen die neue Gruppe Opposition-eller Gewerkschafter (GOG) bei Opel, die zum ersten Mal Betriebsratssitze erlangt. Doch das ist eine andere Geschichte und bald auch schon wieder vorbei.

Bis heute geblieben sind viele Freundschaften, die in der Zeit gemeinsamer Aktivitäten entstanden. Und was das Bil-dungssystem angeht? Das hätte eine Revolution mal nötig. Precht¹ hat recht!

¹ Richard David Precht: *Anna, die Schule und der liebe Gott. Der Verrat des Bildungssystems an unseren Kindern*, München 2013: Goldmann

Maria Schaffrin, Jg. 1951, arbeitet heute als Bildungsbegleiterin in einer Werkstatt für Behinderte mit psychisch kranken Menschen. *Irmgard Schaff-rin*, Jg. 1952, arbeitete über 30 Jahre als Sozialarbeiterin an einer Dortmun-der Gesamtschule; jetzt in passiver Altersteilzeit.

Die „Proletarische Vorschulerziehung“ von Mitte 70 bis Ende 71 wurde von den Gründungsmitgliedern der Gruppe umfangreich theoretisch/praktisch dokumentiert und kam als Buch heraus: „Hi ha ho – die Bonzen komm’n ins Klo“ (nur noch antiquarisch in Einzelexemplaren erhältlich). Die Autorinnen dieses Artikels kamen erst Ende 71 zur Projektgruppe, als sich die Initiato-rInnen aus der Arbeit schon zurückzogen.

Die Kinderzeichnungen sind aus „Hi ha ho – die Bonzen komm’n ins Klo“

**ein kleines Auto und ein kleines Motorrad,
das ich fahren kann**

Lesetipps

Projektgruppe Brelohstraße

Hi ha ho – die Bonzen komm’n ins Klo!

Projektgruppe Brelohstraße. Bericht über zwei Jahre proletarische Vor-schulerziehung,
2. Aufl., Hamburg 1975: Association, 415 S, recherchier- und beziehbar über das Zentrale Verzeichnis Antiquarischer Bücher (www.zvab.com)

Sabine Stövesand / Christoph Stoik / Ueli Troxler (Hg.)

Handbuch Gemeinwesenarbeit

Opladen 2013: Barbara Budrich, 457 S.

Werner Lindner (Hg.)

Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendar-beit und Jugendpolitik,
Wiesbaden 2012: Springer VS, 337 S.

Armin Schneider / Kathinka Beckmann / Daniela Roth

Jugendhilfe: Ausschuss? Ein Gremium zwischen uneingelösten Ver-sprechen und abgebremsten Möglichkeiten,
Opladen 2011: Barbara Budrich, 121 S.

Benjamin Benz / Günter Rieger / Werner Schönig / Monika Többe-Schukalla (Hg.)

Politik Sozialer Arbeit.

Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse,
Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden
Weinheim / Basel 2013, 2014: Beltz Juventa, 285 S., 352 S.

Marie-Luise Conen

Ungehorsam – eine Überlebensstrategie. Professionelle Helfer zwi-schen Realität und Qualität
Heidelberg 2011: Carl-Auer-Systeme Verlag, 175 S.

Manfred Lallinger / Günter Rieger (Hg.)

Repolitisierung Sozialer Arbeit,

Stuttgart 2007: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 157 S.

Joachim Glenneschuster

Ungleiches muss ungleich behandelt werden!

Kinderarmut in Recklinghausen

„Armut gibt es in diesem Land nicht. Armut gibt es in Afrika, wo die Kinder nichts zu essen haben“, hat kürzlich ein Recklinghäuser Lokalpolitiker zu mir gesagt.

Armut in unserem ach so reichen Land? – einem Land, in dem es zurzeit ein Privatvermögen von über 9 Billionen Euro gibt, mit steigender Tendenz? Statistisch besitzt jede/r Deutsche vom Kleinkind bis zum Rentner 100.000 Euro. Gleichzeitig ist der Staat, sind besonders die Kommunen total überschuldet. Einen armen Staat können sich aber nur Reiche leisten! Dieses Privatvermögen ist aber äußerst ungleich verteilt. Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen allein über zwei Drittel des gesamten Privatvermögens. Die unteren 50% besitzen fast gar nichts. Hierzu gehören besonders die Familien, die mit ihren Kindern von Hartz IV-Leistungen leben müssen.

Bundesweit sind etwa 3 Millionen Kinder nach Angaben verschiedener Armutsberichte von Wohlfahrtsverbänden als arm zu bezeichnen, das ist in etwa jedes sechste Kind. Als arm wird bezeichnet, wer weniger als 60% des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens zur Verfügung hat. Die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe dieser Kinder und Jugendlichen sind erheblich eingeschränkt. Deshalb sind sie als arm in unserem Land zu bezeichnen, auch wenn sie von ihrem Regelsatz in Afrika sehr gut leben könnten. Dass es in unserem so reichen Land so viele arme Kinder und Jugendliche gibt, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal!

Auf kommunaler Ebene liegen genaue Zahlen über die Kinder und Jugendlichen vor, die von Hartz IV-Leistungen leben müssen. In den Ruhrgebietsstädten liegen diese Zahlen, fast in allen Städten, deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

In Recklinghausen leben seit Jahren rund 25% aller Kinder und Jugendlichen von SGB II-Leistungen. Mindestens jeder vierte Minderjährige lebt in meiner Stadt unter Armutsbedingungen. Je jünger diese Kinder, umso größer wird ihr Anteil. Bei den Kindern unter sechs Jahren ist bereits jedes dritte Kind von Armut betroffen (33%)!

Hinzu kommt, dass diese armen Kinder und Jugendlichen im Stadtgebiet völlig ungleich verteilt sind. Im Recklinghäuser Stadtteil Süd leben 42% aller Kinder und Jugendlichen von Hartz IV, bei den unter sechsjährigen Kindern sogar ca. 52%. In anderen Stadtteilen Recklinghausens (z.B. in Hochlar oder Stuckenbusch, klassischen Einfamilienhausgebieten) liegt der Anteil von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen dagegen nur bei etwa 5%.

Diese Ungleichverteilung ist keine Besonderheit Recklinghausens, sondern findet sich in fast allen Ruhrgebietstädten wieder. In Städten wie Dortmund, Essen oder Duisburg sind es fast immer die nördlichen Stadtteile. In Recklinghausen sind es die südlichen, da diese an den Kernbereich des Ruhrgebiets grenzen. Gleichzeitig sind fast immer auch an-

dere Parameter für soziale Ungleichheit in diesen Stadtteilen anzutreffen, wie hohe Migrationsanteile, viele Alleinerziehendenfamilien und geringe Bildungsabschlüsse der Eltern.

Was bedeutet die Ungleichverteilung? Besonders die Bildungsinstitutionen wie Kindergärten oder Grundschulen in diesen Stadtteilen haben in ihren Gruppen oder Klassen mindestens die Hälfte ihrer Kinder aus armutsbetroffenen Familien mit all den dazu gehörenden Begleiterscheinungen. In der Regel verfügen diese Kindergärten und Grundschulen z.B. gerade nicht über aktive und finanzstarke Eltern und Fördervereine, die die Einrichtungen tatkräftig unterstützen. Auch die personelle Ausstattung mit LehrerInnen und ErzieherInnen ist in der Regel, unabhängig von den tatsächlichen inhaltlichen Anforderungen, überall gleich, d.h. nur an der Anzahl der Kinder ausgerichtet.

Zahlreiche internationale Studien, unter anderem der OECD, weisen seit Jahren für Deutschland einen hohen Zusammenhang zwischen sozialem Status und erreichten Bildungsabschlüssen auf. Regelmäßig belegt unser Land im internationalen Vergleich Plätze im unteren Drittel, da es uns nicht gelingt, mit geeigneten Maßnahmen diesen Zusammenhang aufzulösen oder zumindest zu minimieren. Erheblichen Anteil hieran hat auch die frühe Segregation von Kindern in unserem gegliederten Schulsystem. In Recklinghausen-Süd liegt die Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium bei etwa 25%, während sie in einkommensstarken Stadtteilen mit meist hohem Bildungsniveau der Eltern und geringen Migrationsanteilen bei ca. 70% liegt.

Ungleiches muss ungleich behandelt werden!

Die Kommunen können die Armutsproblematik von Familien und den betroffenen Kindern und Jugendlichen, die gesamtgesellschaftlich verursacht ist, nicht alleine lösen. Aber sie müssen diese Problematik in den Blick nehmen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer Verantwortung die vorhandenen Ressourcen nicht mehr mit der Gießkanne verteilen, sondern punktgenauer einsetzen. Aber auf kommunaler Ebene sind wenige Ansätze in der Politik zu erkennen, sich dieser Problematik grundsätzlich anzunehmen.

Kinderarmut ist in unserem Land ein Thema, über das man nicht gerne spricht und mit dem man keine Wahlen gewinnt. Da ruft man doch lieber – passend zur Weihnachtszeit und mit christlicher Nächstenliebe – zu einer Spendenaktion für Weihnachtsgeschenke auf, damit diese Kinder, wenigstens einmal im Jahr, eine Freude haben.

Joachim Glenneschuster, Jg. 1957, seit 1990 als Jugendhilfeplaner im Jugendamt der Stadt Recklinghausen, lebt seit 1992 in dieser Stadt und arbeitet seit einigen Jahren im globalisierungskritischen Netzwerk Attac mit.

**viel Liebe und Zuneigung von Menschen
bekommen**

Sabine Gembalczyk / Margareta Müller

Ombudschaft (I)

Durchsetzung der Rechte von Kindern, Jugendlichen und sorgeberechtigten Eltern in NRW

Was meint „Ombudschaft“? – und wieso in der Jugendhilfe?

Der skandinavische Begriff Ombudschaft beschreibt eine unparteiische Vorgehensweise bei Streitfragen, in der jedoch die Interessen der strukturell unterlegenen Partei (etwa eines Bürgers gegenüber einer Behörde) durch Ombudspersonen besondere Beachtung finden. Aufgabe der Ombudschaft ist es, durch die Unterstützung der strukturell unterlegenen Partei Machtasymmetrien zwischen Parteien auszugleichen und so zu helfen, eine gerechtere Entscheidung bei Streitfragen zu erreichen (vgl. Urban-Stahl, 2012, S. 2).

Die Anzahl von Beschwerde- und Ombudsstellen nimmt in der Kinder- und Jugendhilfe seit Jahren zu; die erste wurde 2002 in Berlin gegründet. Anlass waren mancherorts die drastischen Kürzungen öffentlicher Ausgaben in der Jugendhilfe, die dazu führten, dass es Eltern und jungen Volljährigen sehr schwermacht oder gar verwehrt wurde, ihre Ansprüche auf Jugendhilfeleistungen durchzusetzen. Weitere Anlässe sind die Aufarbeitung der Skandale in der Heimerziehung der 50er/60er Jahre sowie Empfehlungen der Runden Tische Heimerziehung und sexueller Kindesmissbrauch. Diese forderten unabhängige Beschwerdeinstanzen für Kinder und Jugendliche.

Die Ombudschaft Jugendhilfe NRW e.V.

In NRW hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände 2011 den Verein Ombudschaft Jugendhilfe NRW als anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gegründet. Unterstützt durch Fördermittel der Aktion Mensch konnte im Februar 2013 die Ombudschaft mit einer hauptamtlich besetzten Beratungsstelle in Wuppertal und inzwischen 15 örtlich tätigen Ombudspersonen ihre Arbeit aufnehmen.

Die Ombudschaft Jugendhilfe NRW ist damit eine externe Beschwerdestelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die Anspruch auf Jugendhilfeleistungen haben und sich bei der Leistungsgewährung durch einen öffentlichen Jugendhilfeträger oder bei der Leistungserbringung durch einen freien Jugendhilfeträger nicht ausreichend beteiligt, beraten, betreut und beschieden fühlen. Die Ombudschaft bietet diesen Menschen qualifizierte Beratung, Begleitung und Unterstützung an. Die Unterstützung der Ratsuchenden richtet sich auf die oben beschriebene Herstellung einer Machtbalance zwischen LeistungsadressatInnen und JugendhilfeträgerInnen.

Hierbei orientiert sich die ombudschaftliche Arbeit am Kindeswohl, an den materiellen Rechten und an den Verfahrensrechten der jungen Menschen und ihrer Personensorgeberechtigten (meist: Eltern). Die Ombudschaft ist für die BeschwerdeführerInnen im Sinne der Kinderrechte parteilich tätig und verpflichtet sich in der Beschwerdebearbeitung dem Ziel einer einvernehmlichen Abhilfe einer Beschwerde. Kann eine einvernehmliche Lösung jedoch nicht erzielt werden, prüft die Ombudschaft auf Wunsch der BeschwerdeführerIn aber auch gerichtliche Schritte. Die BeschwerdeführerInnen werden dann während des Gerichtsverfahrens durch die Ombudschaft fachlich begleitet und unterstützt.

Nalan – ein Fallbeispiel, aber kein Einzelfall

Die alleinerziehende sorgeberechtigte Mutter der 12-jährigen Nalan wendet sich telefonisch an die Ombudschaft. Nalan befindet sich seit etwa vier Monaten in einer heilpädagogischen stationären Einrichtung und die Mutter ist mit den dortigen Maßnahmen und Umgangsformen sehr unzufrieden.

Zur Vorgeschichte: Die Mutter erklärt, dass Nalan therapeutische Hilfe braucht, die wohnortnah aber nicht zu bekommen ist. Daher entscheidet sie sich gemeinsam mit dem Jugendamt für die stationäre Unterbringung Nalans in einer therapeutischen Einrichtung, die ihr das Jugendamt empfiehlt. Aus der Sicht der Mutter wird in der Einrichtung allerdings nicht therapeutisch mit der Tochter gearbeitet; den Ton der MitarbeiterInnen gegenüber den Kindern empfindet sie als unangemessen und aggressiv. Zudem hält sie die medizinische Versorgung und die Ernährungsversorgung ihrer Tochter für unzureichend. Nalans Mutter wendet sich mit ihren Beschwerden an die GruppenmitarbeiterInnen und die Leitung. An beiden Stellen fühlt sie sich aber nicht ernstgenommen. Wesentlich verändert wurde nichts und die MitarbeiterInnen machen Nalan gegenüber deutlich, dass die Beschwerden der Mutter unerwünscht sind. Die Mutter fühlt sich von der Einrichtung aus weiteren Prozessen ausgeschlossen.

Daraufhin raten die Mitarbeiterinnen der Ombudschaft der Mutter, ein sogenanntes Hilfeplangespräch mit dem Jugendamt zu vereinbaren, um dort ihre Beschwerden anzubringen und konkrete Vereinbarungen zu treffen. Darüber hinaus informiert die Ombudschaft über die Funktion der Heimaufsicht des Landesjugendamtes und teilt der Mutter deren Telefonnummer mit. Nach etwa drei Monaten nimmt Nalans Mutter erneut Kontakt zur Ombudschaft auf. Ein Hilfeplangespräch hat stattgefunden, aber zu keinen Veränderungen geführt. Die Mutter möchte ihre Tochter nun nach Hause holen und hat dafür bereits einen Schul- und Therapieplatz organisiert. „Das Jugendamt hält die Mutter-Kind-Beziehung für zu eng“, sagt Nalans Mutter, und strebe einen gerichtlichen Sorgerechtsentzug an. Neben der anwaltlichen Vertretung wünscht sich die Mutter eine Begleitung zum Familiengerichtstermin durch die Ombudschaft. Sie hat Angst, das Sorgerecht zu verlieren. „Ich kann seit Tagen nicht mehr schlafen und essen“, sagt sie und bittet erneut um Beratung und Begleitung. Das Familiengericht entscheidet schließlich, dass die Personensorge bei der Mutter verbleibt und die Tochter – unterstützt durch eine Sozialpädagogische Familienhilfe – wieder bei der Mutter leben soll.

Literatur: Urban-Stahl, Ulrike (2012): Beschwerde- und Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe, in: Forum Jugendhilfe, Heft 1/2012, S. 5-11.

Sabine Gembalczyk, Jg. 1966, hat Soziale Arbeit in Bochum (Diplom) und Berlin (Master) studiert, arbeitet seit 1996 in der Jugendhilfe und seit März 2013 bei der Ombudschaft Jugendhilfe NRW.

Dr. Margareta Müller, ist Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, hat langjährige Berufserfahrung in der Kinder- und Jugendhilfe und arbeitet seit Februar 2013 bei der Ombudschaft Jugendhilfe NRW.

dass alle Kinder keinen Stress haben

Björn Redmann

Ombudschaft (II):

Zwischen Widerstand und Verstrickung

Auch wenn Kosten für die Hilfen zur Erziehung seit einigen Jahren steigen – die Dramatik der Lebensverhältnisse bestimmter Milieus steigt schneller. Die Schere zwischen Bedarfen und gewährten Hilfen geht immer weiter auseinander.

Rechtsbrechungen und -beugungen durch Jugendämter

Die kommunalen Haushalte sind trotz erhöhter Steuereinnahmen weiter massiv unter Druck. Und da geschieht es immer häufiger, dass Kinder, Jugendliche und Familien nicht die Hilfen bekommen, die ihnen aus fachlichen Gründen zustehen:

- Teils wird hier Recht gebrochen (wenn z.B. über 18-jährige grundsätzlich keine Hilfen bekommen), teils Recht gebeugt (wenn z.B. dreimonatige Beratungen vor Einleitung einer Hilfe vorgeschrieben werden), teils werden abschlägige Entscheidungen schlecht erklärt.

- Darüber hinaus sind die Verfahren der Hilfeplanung und -gestaltung immer häufiger nicht fachgerecht durchgeführt mit dramatischen Folgen für die Betroffenen: Jugendlichen wird ihr Wunsch- und Wahlrecht nicht gewährt, sie werden im Hilfeplanverfahren nicht wirklich beteiligt oder es werden gar keine Hilfeplangespräche mehr durchgeführt. Einzelne Kinder und Jugendliche werden gegen ihren Willen in geschlossenen Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht.

- Immer häufiger werden fachlich unsinnige oder fehlerhafte Entscheidungen getroffen mit Blick auf die Kosten: Da werden Familienhilfen mit nur 2 Stunden pro Woche gewährt, mit denen sich eine nachhaltige Arbeit nicht gestalten lässt. Es werden Drohungen ausgesprochen, das Familiengericht anzurufen, ohne den Familien gleichzeitig angemessene Hilfen anzubieten. Hilfen für Jugendliche werden abrupt beendet und die betroffenen Mädchen und Jungen auf die Straße entlassen.

Widerstand mithilfe von Ombudsstellen

Um Kinder, Jugendliche und ihre Familien angesichts solcher Entwicklungen „ins Recht zu setzen“ oder ihnen dabei zur Seite zu stehen, sind in der BRD mittlerweile an vielen Orten Ombudsstellen gegründet worden. Diesen Initiativen geht es um die Aufklärung in Verfahren zwischen Jugendamt und Adressat/-innen, um die Sicherstellung der Partizipation der Betroffenen und um die Stärkung der Leistungsberechtigten beim geltend machen von Bedarfen und Rechten, letztlich auch um die Unterstützung im Widerstand gegen Entscheidungen des Jugendamtes. Herausfordernde Aufgaben, die Rollenklarheit und eine gewisse Eigenständigkeit erfordern.

Denn die Arbeit der Ombudschaftsstellen findet statt in einem Spannungsfeld zwischen fachlichen Fehlern der Jugendämter, fehlenden Kenntnissen der Leistungsberechtigten, unzureichenden Fähigkeiten der Betroffenen zur Artikulation ihrer Bedürfnisse (Machtasymmetrie) sowie ihrer fehlenden Durchsetzungskraft. Zunehmend haben die Ombudschaftsstellen mit rechtswidrigen Dienstanweisungen in den Jugend-

ämtern zu tun, die durch Sparanstrengungen und/oder katastrophale Personalsituationen ausgelöst werden.

Ombudsstellen zwischen Autonomie und Verstrickung

Mittlerweile gibt es 13 Ombudsstellen in 10 Bundesländern. Die Beratung der Betroffenen steht bei allen Initiativen im Vordergrund. Diese wird überwiegend ehrenamtlich durch Fachkräfte geleistet. Teilweise sind hauptamtliche Strukturen vorhanden, die meist auf befristeten Modell-Förderungen basieren und nach Ablauf von ein bis drei Jahren zusammenbrechen. Die Spannweite der sich hier aufbauenden Strukturen und Modelle ist groß:

- Kleine Vereine, die rein ehrenamtlich mit ehemaligen und erfahrenen Jugendhilfefachkräften arbeiten und so weitgehende Autonomie gegenüber Ämtern und Trägerstrukturen haben,

- Ombudschaftsstellen bei großen Trägern mit hauptamtlich beschäftigtem Personal, die die fachlichen Vorgaben des Trägers und die Auswirkungen ihrer „Politik“ durch die Beratung nicht außer Acht lassen können,

- Bei Wohlfahrtsverbänden angesiedelte Beratungsstellen, die neben der ombudschaftlichen Beratung auch Beschwerden von Betroffenen innerhalb von Angeboten der Jugendhilfe bearbeiten.

So kommt es vor, dass Ombudsstellen bei Trägern etabliert sind, die selbst geschlossene Unterbringungen anbieten. Da kann es sein, dass Trägerinteressen die Arbeit von Ombudsstellen beeinflussen. Und es gibt erste Erfahrungen, dass Ombudsstellen, die bei freien Trägern angesiedelt sind, von anderen Trägern nicht empfohlen werden, weil befürchtet wird, dass Trägerinterna in die Beratung einfließen.

Welchen Weg die regionalen Initiativen in der ombudschaftlichen Beratung auch immer gehen, es sollte deutlicher werden, welche Wechselwirkungen verschiedene Konstruktionen haben und welchen Einfluss diese auf die Beratung haben. Mindestens das kann im Interesse der Betroffenen verlangt werden.

Björn Redmann, Jg. 1978, arbeitet seit 2003 in der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen und engagiert sich unter anderem im Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Dresden.

Schwimmen mit Mama

Lesetipps

Björn Kraus / Wolfgang Krieger (Hg.)

Macht in der Sozialen Arbeit. Interaktionsverhältnisse zwischen Kontrolle, Partizipation und Freisetzung
3. überarb. u. erw. Aufl., Lage 2014: Jacobs, 480 S.

Wolfram Stender / Danny Kröger (Hg.)

Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft.
Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit
Hannover 2013: Blumhardt, 237 S.

Johanna Fleischhauer

Aufrüstung gegen Menschen in Not

ZWUKF

Vor einem Vierteljahr erregte der Untergang mehrerer Flüchtlingsboote im Mittelmeer bei uns Betroffenheit und Empörung. Zahlreiche Flüchtlinge aus Syrien, Palästina und afrikanischen Ländern hatten in diesem Herbst die Überfahrt gewagt; so viele wie nie zuvor gingen dabei zu Grunde. Heute ist das Thema längst überlagert, in den Medien wie im öffentlichen Bewusstsein. Das ist verständlich, denn andere Probleme beschäftigen uns, die deutsche Flüchtlingspolitik ist auf entmutigende Weise restriktiv und zementiert und wir begegnen daher in Deutschland selten Überlebenden solcher Katastrophen. Mich selbst allerdings lässt die Erinnerung nicht los, weil ich gerade in Eritrea war, einem Herkunftsland vieler Flüchtlinge, als vor Lampedusa über 300 junge Leute von dort in einem einzigen Schiff starben und die Nachricht die Angehörigen erreichte.



An den Straßenecken der Hauptstadt Asmara wurden Photokopien mit Bildern der Toten ausgehängt; es gab Familien, die mehrere Angehörige verloren hatten. Viele Fotos zeigten junge Universitätsabsolventen, stolz, mit ihrem Magisterhut. Besonders schlimm war der Bericht eines Retters auf BBC, der erzählte, wie rund um sein Schiff die Ertrinkenden dicht an dicht die Hände nach ihm ausstreckten. Er ergriff schnell so viele, wie sein Schiff fassen konnte, und fuhr an Land, aber wurde von der Küstenwache gehindert, noch einmal auszufahren. Von ca. 550 Menschen auf diesem Flüchtlingsboot wurden nur 64 lebend geborgen. Auch Frauen und Kinder ertranken; eine Mutter versank mit drei Kindern im Meer. Eine andere Frau hatte wohl während der Überfahrt ein Kind geboren, das noch durch die Nabelschnur mit ihr verbunden war; beide wurden tot gefunden.

Jede neue Nachricht löste Entsetzen aus. Eine Mutter sah ich auf der Straße, kurz nachdem sie die Todesnachricht erhalten hatte; sie weinte und schrie. Unsere einheimischen Freunde gingen täglich in ein Trauerhaus, manchmal in zwei. Die Trauerfeiern mussten ohne Beerdigung stattfinden, weil die italienische Regierung gegen den Wunsch der eritreischen Seite entschied, die Ertrunkenen in Italien zu bestatten. So wurde ein Bett mit einem Foto aufgestellt, um das sich tröstlos Weinende zusammenfanden.

Täglich kamen neue Katastrophennachrichten. Vor Malta strandete ein Schiff mit überwiegend syrischen Flüchtlingen. Sie hatten in Ägypten Asyl gefunden, wurden aber nach dem Sturz von Präsident Mursi Opfer gewalttätiger Angriffe. Ein Passagier berichtete al-Dschasira, wie seine Familie in Panik auf ein Boot nach Libyen flüchtete, doch Schüsse der ägyptischen Küstenwache töteten seine Frau und eines seiner Kinder. Von Tunesien und Libyen starteten täglich Boote; auch dort ist Gewalt gegen Ausländer Teil des Alltags, bis hin zu Vergewaltigungen und Folter. Trotzdem verhandeln EU-Politiker mit Vertretern dieser Länder, damit sie die Migranten festhalten.

Laut FAZ sind es vor allem Syrer, Afghanen, Iraker, Somalier, Ghanaer und Malier, die zurzeit bis Europa kommen. Die meisten Flüchtlinge oder Migranten aber erreichen Länder im globalen Süden. Die Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan haben Millionen in die Nachbarländer getrieben. Äthiopier und Somalier stranden jährlich zu Zehntausenden im Jemen in der Hoffnung, ins reiche Saudi-Arabien zu gelangen. Dort ist man jetzt dabei, fast eine Million „Illegale“ auszuweisen. Viele Äthiopier fallen im Jemen Verbrechern in die Hände, so wie Eritreer und Südsudanesen im Sinai. Jedes Land, das Anteil an einem realen oder vermeintlichen Wirtschaftsaufschwung verspricht, wird für die Jungen aus armen Regionen zum Magneten. So migrieren jährlich Zehntausende aus West und Ost nach Südafrika, aber hunderttausend endeten in Camps im armen Malawi. Nigerianer stranden im Kongo, Kongoleser migrieren nach China, Südamerikaner Richtung USA, Afghanen nach Australien – es ist eine Völkerwanderung der Verfolgten und Armen, der Jungen und von vagen Hoffnungen Getriebenen unterwegs.

Europäische Politik schottet ab und rüstet weiter auf gegen die Folgen der Armut, die die eigene Wirtschaftsexpansion mit verursacht hat. Diese Politik, die auch in unserem Namen durchgesetzt wird, will ich nicht.

Johanna Fleischhauer, ist die AMOS-Jahreskolumnistin/„Einwerferin“ 2014 und schreibt schon in dieser Ausgabe für den erkrankten Ian Pollock. Sie ist Sozial- und Politikwissenschaftlerin, arbeitet an Fachschulen für Sozialpädagogik. Sie hat sich mit Traumapsychologie und Friedensforschung beschäftigt und in Eritrea empirisch untersucht, wie Heranwachsende sich in Kriegs- und Nachkriegszeiten entwickeln. Ihr Buch „Von Krieg betroffene Kinder“ erschien 2008 im Verlag Budrich UniPress.

Lesetipps

Lucja Romanowska
Euch die Uhren – uns die Zeit. Straßenpunkts 1999 – 2009
 Mainz 2009: Ventil, 113 S.

Kirsten Boie / Jutta Bauer
Ein mittelschönes Leben. Ein Kinderbuch über Obdachlosigkeit
 Hamburg 2011: Carlsen, 32 S.

Marc Amann (Hg.)
go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests
 Frankfurt am Main 2005: Trotzdem, 229 S.

Jan Jostarndt

10 Jahre autonome Subkultur

Das AKZ Recklinghausen

Seit mittlerweile 10 Jahren befindet sich im Süden Recklinghausens an der König-Ludwig-Straße 50 das Alternative Kulturzentrum (AKZ). Schon länger, vor ca. 12 Jahren, hatte eine Reihe junger Menschen den Wunsch nach einer eigenen Räumlichkeit für politische, künstlerische und kulturelle Aktivitäten: unabhängig von bereits bestehenden Institutionen als Alternative zur vermarkteten Kulturindustrie – und individuelle, selbstbestimmte Arbeit in verschiedensten Aktionsformen. Ziel war es, sich über ökonomische, nationale und soziale Ausgrenzungsmechanismen hinwegzusetzen und zu versuchen, Gegenstrategien zu entwickeln – also als Teil der gesellschaftlichen Entwicklung diese kritisch zu reflektieren und Ansatzpunkte für Alternativen zu finden. Dabei sollte sowohl der politischen Arbeit einzelner Initiativen Raum geboten werden als auch dem individuellen Bedürfnis für Aktivität, Diskussion und Party.

Wir kannten uns aus unterschiedlichen politischen und kulturellen Zusammenhängen und waren uns einig, unsere Vorstellungen mit Hilfe einer eigenen Räumlichkeit umzusetzen. Abseits von den Maßregelungsversuchen und Gängelungen der in den diversen Jugendzentren anzutreffenden SozialarbeiterInnen. So wurde also kurzerhand ein Verein ins Leben gerufen und wir machten uns auf die Suche nach einer geeigneten Immobilie. Nach ca. einjähriger Suche fanden wir eine ehemalige Kneipe auf der König-Ludwig-Straße in Recklinghausen-Süd. Renovierung der Räumlichkeiten ... Konzession ... – wobei die Gaststättenkonzession im Monat nur eine lautere Veranstaltung im AKZ ermöglicht. Nachdem all diese organisatorischen Hürden genommen waren, konnte es ab Frühjahr 2003 offiziell losgehen.

Der eingetragene Verein sollte von nun an nur noch den legalen Rahmen für die politische und kulturelle Arbeit stellen. Alle Entscheidungsbefugnis über die inhaltliche Ausgestaltung der neuen Räumlichkeiten wurde auf das Plenum übertragen. Dieses findet im 14-tägigen Rhythmus statt und trifft seitdem alle Entscheidungen im Konsensverfahren. Über allem steht ein Grundkonsens, der besagt, dass im AKZ jegliche Form von diskriminierendem Verhalten nicht geduldet werden kann.

In den folgenden Jahren haben im AKZ Gruppen aus den unterschiedlichen Spektren der radikalen Linken von Antifa über Antiatom oder Tierrechtsgruppen eine Heimat gefunden. Sogenannte antideutsche Gruppen haben genauso einen Raum gefunden wie anarchistisch oder doch eher reformistisch ausgerichtete, aktionistisch orientierte ebenso wie theoretisch arbeitende. Ermöglicht wurde und wird dies durch die Haltung, als AKZ-Plenum keine konkrete politische Positionierung einzunehmen. Dies soll den jeweils aktiven Gruppen und Einzelpersonen vorbehalten bleiben.

Außerdem finden unterschiedlichste kulturelle Veranstaltungen statt. Etwa Filmabende, Informationsveranstaltungen, Lesungen und natürlich Konzerte und Kneipenabende. Der

Tofuclub, eine vegane Kochgruppe, bietet jeden Mittwoch vegane Gerichte zu günstigen Preisen an. Die Außenfassade bietet die einzige Möglichkeit für Graffiti-sprayer in Recklinghausen, sich legal auf Fassaden auszudrücken. Konsens war immer, möglichst wenige Veranstaltungen als AKZ-Plenum zu organisieren, sondern eine Infrastruktur zu stellen, die von Gruppen und Einzelpersonen für die jeweils unterschiedlichen Bedürfnisse genutzt werden konnte. So steht und stand die Vielfältigkeit des angebotenen Programms immer mit dem Willen von Einzelpersonen, sich in einem bestimmten Bereich einzubringen und die Organisation einer einzelnen Veranstaltung oder Reihe in die eigenen Hände zu nehmen. Das führt dazu, dass das Programm einem ständigen Wandel unterliegt und je nach Interessenlage der gerade Aktiven sich unterschiedlich ausgestaltet.

Das AKZ hat es geschafft, die Finanzierung der Räumlichkeiten ausschließlich über die Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder bei Veranstaltungen zu stemmen. Man war sich von Anfang einig darüber, keine Fördergelder von öffentlichen Quellen in Anspruch nehmen zu wollen, um eine größtmögliche Unabhängigkeit zu gewährleisten. Lediglich zur Anschubfinanzierung griff man auf eine Förderung durch die EU zurück. Diese Haltung hat aber auch einige – gewollte – Einschränkungen mit sich gebracht. So wurden jegliche Anfragen von Menschen, die kommerzielle Interessen im AKZ umsetzen wollten, abgelehnt. Es wird lediglich ehrenamtliches Engagement zugelassen. Denn wir kannten aus anderen Zusammenhängen die Entwicklung, dass nach kurzer Zeit jegliches Engagement monetär entlohnt werden wollte. Einzige Ausnahme hierbei bildet die Regelung, dass Bands an den Eintrittsgeldern bei Konzerten beteiligt werden. Alle anderen Aufgaben, wie Reinigung, Thekendienste, Durchführung von Reparaturen, Organisation von Veranstaltungen etc. wurde von Anfang an ausschließlich ehrenamtlich organisiert.

Nach mittlerweile 10 Jahren autonomer Praxis lässt sich sagen, dass diese gelingt, aber nicht immer leicht ist. Finanzielle Engpässe, fehlendes Engagement oder Unstimmigkeiten haben manches Mal dazu beigetragen. Irgendwie fanden und finden sich jedoch immer wieder neue Menschen, die interessiert sind, sich stärker einzubringen – und die so dazu beigetragen haben, diese 10 Jahre zu ermöglichen. Mittlerweile wird das AKZ von der dritten Generation politisch und sozialkulturell Aktiver betrieben.

Jan Jostarndt, Jahrgang 1979, Diplom Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge, Gründungsmitglied des Alternativen Kulturzentrum e.V., Vater von drei Kindern.

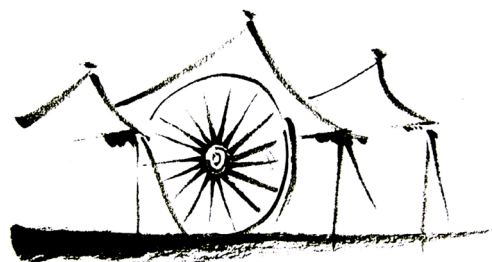
mehr Spiele in den Klassenräumen
einen Park
Schulanfang erst um 9 Uhr

Christopher Deutsch / Manfred Walz

Menschenorte 20

Schnick-Schnack – Wandel durch Zirkus

Große Zelte, blank-rot, links ein kleineres, mit darunter gestellten alten Zirkuswagen rechts, dazwischen ein großes Förderrad, rostig. Herne, Ruhrgebiet – ein alter Zechenstandort. Die große Wiese hinter dem Grün und den Vorstadthäusern im Herner Norden ist das Zuhause des Circus Schnick-Schnack. Christopher war sechs, als 1996 der Circus



gegründet wurde. Eine Gründung, die als Idee mehrerer Familien entstand und weiter wächst. Als Stelzenläufer

ist er unters Zirkuszelt gestiegen und durfte die Magie der Manege kennenlernen.

Zunächst waren es zwölf Kinder, Jugendliche und deren Eltern, die Zirkus machen wollten. Eine Idee, die wuchs und viele weitere Menschen begeisterte. Hier kann jede und jeder mitmachen, ob als Artist, Musiker, Schneiderin, Techniker, Requisiteur oder Waffelbäckerin. Heute trainieren 80 Kinder über die Woche verteilt in zwölf verschiedenen Projektgruppen. Die rund 200 Eltern und Zirkusfreunde gestalten den Rahmen und einmal im Jahr kommen alle diese Gruppen zusammen und führen ihr immer neues Programm auf – an fünf Veranstaltungstagen während der „ZELTWOCHE“ in den roten Zelten.

In ihrer Gruppe zeigen dann die Kinder, angeregt und begleitet durch Trainer, was sie können – oft zum eigenen Erstaunen. Höhenangst steigt auf Stelzen, Hinkefuß balanciert auf dem Seil, Zurückhaltung schüttelt in der Maske Lachen in die Gesichter. Jedes findet in der Gruppe neue Fähigkeiten in sich selbst. Das macht stark und Lust auf neue Entdeckungen..

Viele, sehr viele Kinder kommen im Sommer aus den Schulen zu den Zirkusferienwochen, finden sich in Gruppen mit steigender Lust am intensiven Spiel. Schließlich, zum Ende dieser Zeit im folgenden Sommer zeigen sie in der „ZELTWOCHE“ ihr neues Können – in den schönsten Masken und strahlend bunten Kostümen im Zauberlicht der Zirkusarena. Diese Erfolge machen selbstbewusst. Ganz nebenbei wird die erfahrene Freude Ansporn, sie an andere weiterzugeben.

Zurück zu unseren Zirkus-Projektgruppen: Manche und mancher hat schon sein Bewegungstalent und Geschick entdeckt, ist in intensivem Training drangeblieben und hat sich zum „Gaukler“ weiterentwickelt.

Ein ganzer großer „Zirkusweig“ ist aus der Idee gewachsen, sich in einen Clown zu verwandeln und im Kinderkrankenhaus schwerkranke Kinder zum Lächeln zu bringen und

dem Klinikalltag etwas Zirkusluft einzuhauchen. Viele, viele Kinder in den Kinderkliniken Hernes und Bochums können inzwischen davon erzählen. Und: Lachen und Lächeln machen gesund!

Ein Zirkusnetzwerk ist entstanden, das nicht nur Zirkus macht, sondern auch Feste in Stadtteil und Betrieb gestalterisch fantasiert. Inzwischen ist der Zirkus weit bekannt. Es sind Kinder, Eltern, Omas und Opas, Freunde, die jedes Jahr Zirkus träumen. Inzwischen gibt es sogar wenige feste Stellen für die ganz erfahrenen Menschen. Sie sorgen immer wieder neu für die Kontinuität realer Fantasie durch manches Mal harte Unterstützungsarbeit.

Viele Schulen sind eingebunden, geben übers Jahr ihre Turnhallen für das Gruppentraining. In einer besuchen wir die Hula-Hoop-Gruppe. Schuhe ausziehen, auf dem Hallenboden um ein Kistchen Mandarinen im Kreis sitzend, erzählen die Mädchen, wie sie zum Zirkus kamen. Der Bruder, die Schwester gingen abends zum Training. „Da wurde ich neugierig. Jetzt freue ich mich auf das Gruppentraining. Jede Woche gehe ich hin.“ Eine andere sagt kurz und knapp: „Hier kann ich sein, wie ich bin.“ Ältere Schülerinnen und die Trainerin beraten. „Wir probieren. Wir haben da gemeinsam eine Idee, im Sommer zeigen wir was im großen Zelt!“ Genug verraten. Nach und nach steht jede auf, das rasante Eiern, Sirren, Schleudern der Reifen beginnt.



Jetzt bleibt nur noch: Schuhe anziehen, kurz winken. Draußen im Novemberregen reimt sich der Knittelvers von selbst: Schnick, Schnack, Schnuck – nächsten Sommer sin' wir z'ruck!

Nicht vergessen: Der ehrenamtlich geführte Verein Circus-Schnick-Schnack braucht Spenden. Konto: 104 3421, BLZ: 432 500 30 Herner Sparkasse. Spendenquittungen werden ausgestellt.

Christopher Deutsch ist Erzieher, Künstler und studiert Soziale Arbeit an der Ev. Fachhochschule (EFH) Bochum. Er ist mit dem Zirkusprojekt aufgewachsen und gibt nun sein dort erworbenes Wissen weiter.

Manfred Walz ist Stadtplaner; lange bei AMOS zeichnend dabei, freut sich immer wieder darauf, in der Reihe Menschenorte, wie hier, originale und originelle RuhrgebietlerInnen zu treffen. Von ihm sind Zeichnung und Foto.

Mama und Papa sollen mehr Zeit für mich haben

dass Deutsch nicht so schwer wird

Peter Strege

schön wärs, wenns so einfach wär

Früher hatten Kinder Rotznasen und heute haben Rotznasen Kinder. Früher, das ist die neudeutsche Übersetzung von „es war einmal“. Die wiederum, als Fortschreibung, von altgriechischer Klage, dass die Jugend heutzutage nicht in der Lage sei, das Heute und erst gar das Morgen zu bewerkstelligen. Einsichtstrauer der Älteren? Oder die immer wiederkehrende Erkenntnis der ins Alter Gekommenen, die, weil sie nicht mehr so schnell rennen können, glauben, dass die Jungen den kommenden Anforderungen nicht gewachsen seien. Wie unverzichtbar wir doch sind!

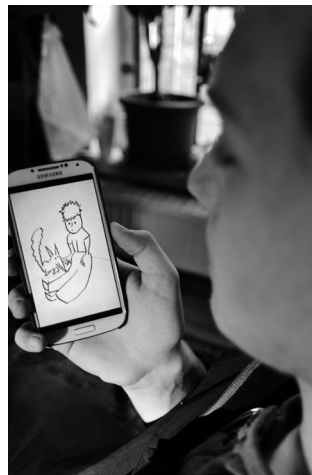
Als ich vor 35 Jahren ins Ruhrgebiet kam, lernte ich den Begriff „Blagen“ kennen. Schmusewort für Rotznasen und sonstige Halbgare. Da, wo ich herkomme, kannte man solche Bezeichnung nicht. So war es wenig verwunderlich, dass man, wenn ich nach Hause kam und von den hiesigen Blagen erzählte, dies für geradezu unmenschlich und sehr roh hielt. Passend zum Vorurteil gegenüber dem rußschwarzen Revier, das in den Köpfen der meisten Bundesrepublikaner als weißer Fleck vorhanden war, von dem man nichts oder wenig wusste, außer, dass dort Horden von schwer arbeitenden Malochern wenig Glanz verbreiteten und ihre Heimat nicht gerade ein lohnenswertes Ausflugsziel war. Und Blagen als Bezeichnung für Kinder, das ging gar nicht! Als ich dann entgegnete, dass dieses Wort nicht von den ägyptischen Plagen herkomme, sondern sich aus der russischen Bezeichnung für Brot ableite, wurde es auch nicht besser. Hieß das doch, dass die armen Kinder im Revier wohl nicht mal das Brot über Nacht zu Hause hätten. Nun, gegen solche Vorurteilsbereitschaft lässt sich nur schwer argumentieren. Heute gilt, dem Strukturwandel sei, was ich aufs Äußerste bezweifele, Dank, die erwähnte Kinderbezeichnung auch im Revier als Schimpfwort. Übrigens ähnlich wie eine Frau mit Kittelschürze eher als Ausweis für Elend denn als Ausdruck von Arbeit und Familie gilt. Die Verhältnisse haben sich geändert und die geänderten Verhältnisse verführen die Menschen dazu, zu vergessen, wo sie herkommen. Wobei dieses Hergekommensein eigentlich richtiger heißen müsste: da, wo die Menschen haben hingehen wollen.

Das heißt: Die früheren Ziele sind vergessen worden. Und das deshalb, weil die über uns hereingebrochenen, hereinbrechenden Verhältnisse die Menschen in ihrer dem Sosein verpflichteten Nähe, ihrer bedingungslosen Affirmation an das, was besteht und wie es besteht, so beansprucht, dass die Ziele, die Utopien von einst und gestern, schneller verblassen als die Herrschaft des Heute über uns Gewalt bekommt.

In dem, wie dieses „Blagen“ ausgesprochen wurde, lag ein Schmelz von Liebe und Zärtlichkeit. Die Bereitschaft zur Entschuldigung der Rotznasen. Zärtlichkeit unterfütterte die vermeintliche Härte des Lebensalltags. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich gehört, wie in den „Blagen“ immer auch Saint-Exupérys kleiner Prinz wohnte, der den Traum vom zu-

künftigen besseren, weil menschlicheren Leben in sich trug. Und diesen Traum erzählten die Großväter so, wie sie es von ihren Großmüttern und Onkeln, von Männern auf Parkbänken und später in etwas rauchigen Kneipen gehört hatten.

Möglich, dass auch die alten Griechensorgenfalteln etwas vom Gezähmtwerden des Fuchses wussten und deshalb der Jugend mahnend den wohlmeinenden Finger entgegendrohten. Ihre Sorge galt der Zukunft und was die mit den Menschen anstellen würden. Mit den Menschen, die, und das ist bis heute das Gleiche geblieben, diejenigen waren und sind, die diese Zukunft für sich und ihresgleichen gestalten.



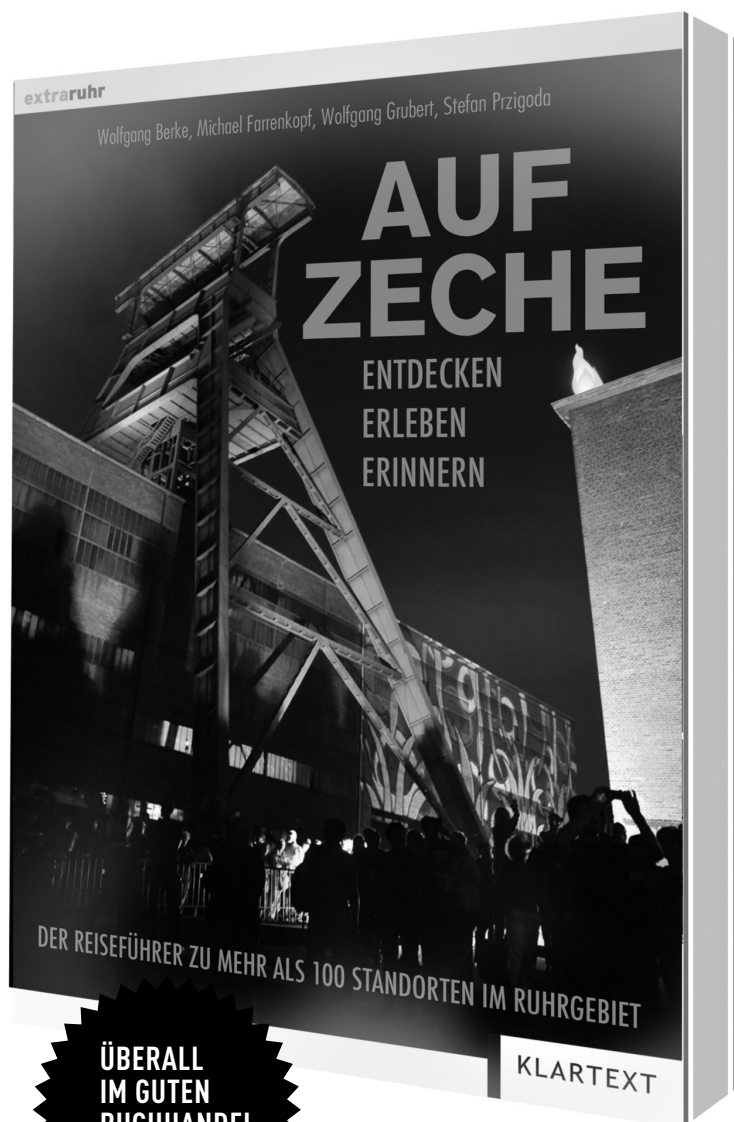
Heute würde der Fuchs möglicherweise mit einem Smartphone ausgestattet dem kleinen Prinzen erklären müssen, wie Twitter und Facebook geht. Seine Art der Zähmung durch die Menschen wäre vielleicht für den Fremdling vom kleinen Planeten deshalb schwerer verständlich, weil die moderne Kommunikation, also unser elektronisches Zeitalter, zwar leichter, dank digitaler Bildspeicherung, ästhetische Phänomene aufzeichnen kann, aber was die Herstellung von dem Zeitalter entsprechenden, dieses abbildenden Bildern angeht, da täte er sich gewisslich schwer.

Wie also kann nun ich, wie können wir die Prinzengeschichte, die von einsehbaren, leicht nachzuvollziehenden Bildern schwelgt, wie können wir diese kleine poetische Geschichte des Fliegers so weitererzählen, dass sie die Blagen von heute erreicht – und somit sicherstellen, dass die Hoffnungen auf menschlichere Gesellschaftswirklichkeit und damit auch die Bereitschaft, dafür zu kämpfen, dafür einzustehen, Ungerechtigkeit und Ausbeutung zu benennen, dass diese Tugenden und Selbstverständlichkeiten weiter auf der Tagesordnung bleiben und nicht wegen des schönen bleichen Glanzes eines brandneuen Displays aus unseren Herzen verschwinden?


Seit ich wieder im „kleinen Prinzen lese“ bin geneigter, die modernen jungen Menschen als das anzusehen, was sie vielleicht sind. Jung, ungestüm, widerlich kraftstrotzend und ignorant gegenüber jeder vom Alter genährten Einsicht. Meine aufkeimende Milde hat keinen falschen Trost und verständnisvolle Blödheit bei sich, nur, ich möchte wieder Mut und Lust haben, den Jungen von dem zu erzählen, auf das es im Leben ankommt. Besonders, wenn man jung ist, wie ich hoffe, dass ich es immer noch im Herzen bin.

Peter Strege, seit 40 Jahren in Dortmund. Künstlerisch und erwachsenenbildnerisch tätig.

dass man den Kindern zuhört



**ÜBERALL
IM GUTEN
BUCHHANDEL
ERHÄLTlich**

WOLFGANG BERKE / MICHAEL FARRENKOPF /
WOLFGANG GRUBERT / STEFAN PRZIGODA 

Auf Zeche

**Entdecken. Erleben. Erinnern.
Der Reiseführer zu mehr
als 100 Standorten im Ruhrgebiet**

Schriften des Bergbau-Archivs Nr. 26

Von ehemals mehr als 1.000 Zechen im Ruhrgebiet sind zwei übrig geblieben, auf denen noch Kohle gefördert wird. Der Rest ist Geschichte – und Erinnerung?

Vier Spezialisten haben sich zusammengeschlossen und die Standorte aktueller sowie aller noch erkennbaren ehemaligen Schachtanlagen besucht und recherchiert – entstanden ist ein Reiseführer der besonderen Art.

Mehr als 100 Wahrzeichen des Steinkohlenbergbaus stehen im Ruhrgebiet herum, gehören für Einheimische zum Alltag und für Touristen zu begehrten Fotomotiven: Fördergerüste, Fördertürme, Maschinenhallen, Kauen und Betriebsgebäude, die heute nur noch in Ausnahmefällen eine bergbauliche Funktion haben. Neues Leben hat sich ausgebreitet: Kultur, Freizeit, Wohnen, Gewerbe, Kreativwirtschaft, Gastronomie, Bürgerdienste, Sport und mehr – es scheint keine Grenzen zu geben, wenn es um Neu- und Nachfolgenutzung der Zechenstandorte geht.

→ 288 Seiten, Broschur, zahlr. farb. Abb.,
14,95 Euro, ISBN 978-3-8375-0738-6

Ingrid Krau

Duisburg schafft sich ab – oder lässt sich aus der Geschichte lernen?

Es war einmal ... Der Sinn von Märchen ist, wiederkehrende Grundwahrheiten schon den Kindern früh als Lehren aus Vergangenen auf den Weg zu geben: Märchen erzählen von der Gier, dem Geiz, der Dummheit und auch vom wieder abhandenkommenen unverdienten Glück.

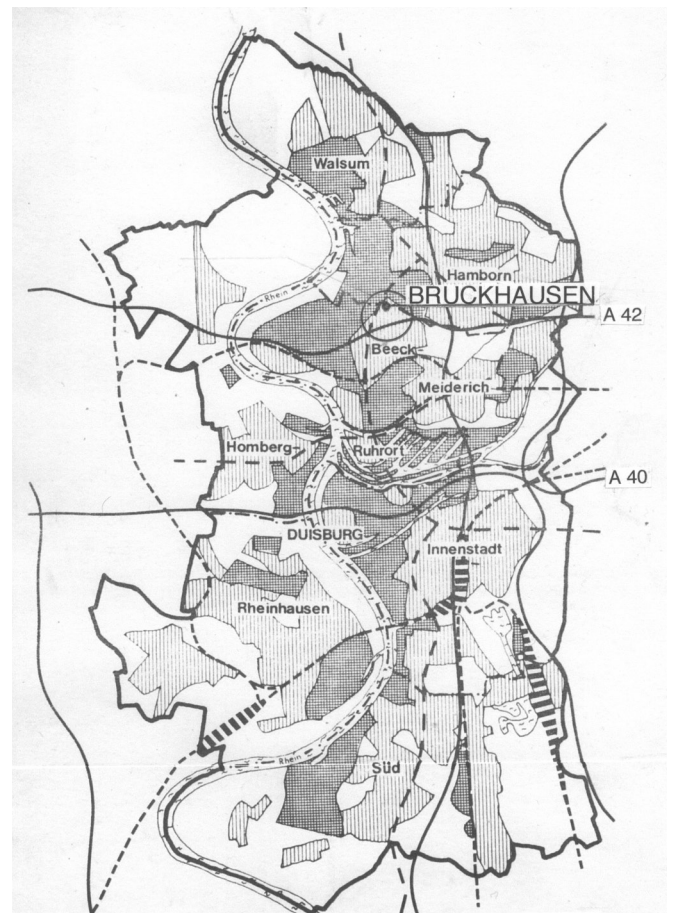
Es war einmal vor rund 40 Jahren, da glaubte die Stahlindustrie am Duisburger Rhein, dass sie am Standort immer weiter wachsen würde und dazu immer größere Hochöfen und Stahlwerke für immer mehr Tonnen an Massenstahl errichten müssten – und Politiker und Stadtverwaltung der Stadt Montan, wie sich Duisburg nannte, glaubten das auch. Thyssen, Krupp und Mannesmann blickten weit voraus und sahen dabei den Bedarf an industriellen Erweiterungsflächen und die Notwendigkeit, der wachsenden Kritik der Anrainer an steigenden Umweltbelastungen Herr zu werden. Unseligerweise bestand ja ganz Duisburg aus „Nahtlage“, was heißen soll, dass über gut 20 km von Nord nach Süd Wohngebiete unmittelbar an schwerindustrielle Produktionsstandorte grenzten.

So wurde damals zu Anfang der 1970er Jahre die Lösung geboren, eine Abstandszone von Nord nach Süd durch den großzügigen Abriss von Wohngebieten zu schaffen. Das Land NRW half seinerseits mit einem Erlass nach, dem sogenannten Abstandserlass von 1975, der auf die einzelnen Industrieanlagen bezogen Abstände für die zulässige Wohnbebauung in präzisen Metern vorgab.

Im Stab für Kommunale Entwicklungsplanung der Stadt wurde dazu ein Plan erstellt: Bei den geforderten Abständen von 500 bis 1.500 Metern wäre damit gut die Hälfte der Wohngebiete und damit der Stadt abzureißen gewesen. Das übertraf die bereits aufkeimenden Experimentierfelder der Flächensanierung bei Weitem, in Huckingen vor den Toren von Mannesmann, in der Stadtmitte im Bereich Hochfeld vor der Niederrheinischen Hütte und der Duisburger Kupferhütte und selbst noch das größte Abrissgebiet in spe, den Stadtteil Bruckhausen gegenüber der August-Thyssen-Hütte. Der Abstandserlass war ein unerhörtes Novum, das an die Stelle des aktiven Umweltschutzes, der zum „blauen Himmel über der Ruhr“ führen sollte, den passiven des Zurückweichens der Wohnbebauung vor der Industrie zum Ziel setzte. Der Erlass folgte damit der damaligen Logik industriellen Umweltschutzes, die Emissionen über immer höhere Schornsteine großflächig zu verteilen. Allerdings waren die festgelegten Abstände dann doch bereits ein Kompromiss, denn Abgas- und Staubfahnen reichten längst viel weiter. Duisburgs Stadtpolitik musste zur Kenntnis nehmen, dass sie ausgehebelt worden war, dank noch engerer Beziehungen zwischen Großindustrie und Landesregierung als die der Stadt selbst.

Eine Stadt, die sich selbst abschafft, das konnte nicht die Lösung sein. Stattdessen stieg man in die kleinere Lösung der Experimentierfelder ein. Das erste Sanierungsgebiet wurde ab 1972 Hochfeld, ein Gründerzeitstadtteil mit einem höheren Anteil an Gastarbeitern, einem halbseidenen Straßenzug und

schlecht instand gehaltenen Wohnhäusern – kurzum mit jenen „städtebaulichen Missständen“, die die Abrissplanung nach dem neuen Städtebauförderungsgesetz von 1971 rechtfertigten. Das Gesetz zeitigte noch deutliche Züge der Zerschlagung unliebsamer sozialer Milieus, wie sie bereits als Abrissstrategie vor 1945 konzipiert worden war. Die Absicht zur Beseitigung Hochfelds wurde bereits 20 Jahre zuvor gefasst, also etwa 1954, wie der damalige Oberstadtdirektor dem Vorbereitenden Bericht zur „Stadterneuerung“ Hochfelds vorstellt, gut möglich, dass der Plan auch bereits vor 1945 gefasst wurde.



Plan zur Stadtentwicklung Duisburg, ca. 1978

Der Abriss galt als zeitgemäß, seine Problematisierung war nicht vorgesehen. Die im Planungsstab vorgetragene Ansicht, es sei in Mitteleuropa längst die Zeit der Dienstleistungsgesellschaft angebrochen und man müsse wohl auch darüber nachdenken, dass die Schwerindustrie über kurz oder lang auf andere Kontinente ausweichen könnte und ein Danach zu denken sei, in dem die Wohngebiete und die Bewohner möglicherweise die langlebigeren Teile der Stadt darstellten, wurde mild belächelt.

Als dann Hochfeld 1978 schon halb abgerissen war, trat das Unerwartete und offensichtlich Undenkbare ein: Angesichts der Billigproduktionen in der Dritten Welt schwächelte

die Duisburger Kupferhütte, zu deren Gunsten Hochfeld weichen sollte, und wurde unter Wert vom britischen Konzern Rio Tinto aufgekauft. In den Jahren des Abrisses von Hochfeld schrieb die Kupferhütte bereits rote Zahlen. Trotz größerer Investitionen in die Anlagen und in einen 200 m hohen Schornstein blieben die Zahlen rot; so wurde die Kupferhütte 1983 bis auf einen Rest stillgelegt. Auch die Anlagen der benachbarten Niederrheinischen Hütte entswanden. Als dann wenige Jahre später auch Mannesmann sein Hüttenwerk reduzierte und die Reste an Krupp übergab, als auch das auf der anderen Rheinseite gegenüberliegende Hüttenwerk Bruckhausen der Krupp AG 1988 – 1993 aufgegeben wurde und Krupp mit Thyssen fusionierte, war der Mangel an Weitsicht und Vorausschau für die Industriestadt Duisburg nicht mehr zu übersehen.

Hochfeld hat seither einen üppigen Grünstreifen, der den zum Torso geschrumpften Stadtteil von den weit untergenutzten Industrieflächen und Industriebrachen trennt. Das nach Städtebauförderungsgesetz notwendige „öffentliche Interesse“ am Zugriff hatte sich in Luft aufgelöst, die Sanierungsmaßnahme wurde nicht weiter verfolgt, von den versprochenen Segnungen kam nur das Grün.

1979 beschloss die SPD-regierte Stadt gegen die mit Thyssen eng verbandelten CDU-Stimmen, den Abstandserlass zu ignorieren (natürlich auch gegen die Stimme jenes Ratsherrn, der als früherer Fahrer des Vorstandsvorsitzenden von Thyssen zum Ratsherrn der CDU aufgestiegen, immer wusste, was für Thyssen das Beste ist). Zum Abriss Bruckhausens wurden 1979 vom Planungsstab drei Alternativen diskutiert: voller Abriss, Teilabbriss in der „Nahtlage“, Bestandsschutz für 10 – 15 Jahre und Modernisierung der Wohngebäude. Die letztere Lösung galt nun als nicht mehr undenkbar, ja sogar in gewisser Weise vorteilhaft; sie griff dann ab Mitte der 1980er Jahre. Nun offenbarte Bruckhausen seine Qualitäten an Jugendstil- und Gründerzeithäusern, geschlossenen Straßenzügen und schönen Plätzen.

Nach der Jahrtausendwende wird dann wieder das Gegenteil verlautbart. Festgestellt wird nun wieder eine Häufung von „städtebaulichen Missständen“, die den „Rückbau“ und die „Industrienahlage zu entzerren“ zwingend machen. Als Gründe werden genannt „Wohnungsleerstand, schlechter Gebäudezustand, mangelnde Wohnungsnachfrage, sowie Umweltbelastungen“; bei Letzteren wird aber zugegeben, dass sich diese „auf den gesamten Duisburger Norden erstrecken“ – so der Begründungstext zum Bebauungsplan, der seit dem 30.1.2012 den Abriss von 605 Wohneinheiten und den Grünabstand rechtskräftig macht. (2007 wurde der Sanierungsbeschluss für Bruckhausen gefasst, bis 2012 brauchte es im Prozedere der Sanierung nach Städtebauförderungsgesetz, um auf Häuser und Grundstücke zugreifen zu können. Nun ist nicht zuletzt mit der „uneigennütigen Spende“ von ThyssenKrupp in Höhe der halben Sanierungskosten von 71 Millionen Euro das „Notwendige“ abgerissen).

Haben Stadt und Großindustrie aus der Geschichte gelernt? Da lesen wir in diesen Tagen, dass die 1997/1999 fusionierte ThyssenKrupp Steel aufgrund ihres Missmanagements in Brasilien und den USA und der zu erwartenden hohen Strafzahlungen wegen unerlaubter Preisabsprachen in

so großer Not sei, dass ihre Insolvenz denkbar wird mit der möglichen Folge der Aufgabe der Stahlproduktion in Duisburg. Allerdings wird nun alles getan, die Insolvenz zu verhindern, indem die Ruhrkohle-AG mit ihren letzten Endes aus öffentlichen Subventionen aufgebauten Finanzmitteln in den Mehrheitseigner Krupp-Stiftung einsteigt. Rettung von Arbeitsplätzen auf Zeit, Ende offen. Doch der Stahlstandort Bruckhausen bleibt in Gefahr, woran der Flächenabbriss nichts ändern wird. Nicht die Existenz von Bruckhausen schuf die Kalamität des Konzerns, sondern dessen windige Konzernstrategie in „Übersee“.

Ähneln der gerade zu Ende gehende Abriss des halben Stadtteils Bruckhausen nicht erstaunlich der vorausgegangenen Geschichte Hochfelds? Beide Abrisse in Hochfeld wie jetzt in Bruckhausen lassen sich als Festhalten am eingeschlagenen Weg wider besseres Wissen lesen. Beim Wandern von Nord nach Süd entlang der Kette einst für weiteres Wachstum der Schwerindustrie großzügig bemessenen Industrieflächen ist nicht zu übersehen, wie weit diese den heutigen Bedarf übertreffen.

Konstruktive Wahrheitsfindung ist daher von der Stadt Duisburg zu leisten. Was ist ihr auf die Zukunft gerichtetes Stadtentwicklungskonzept? Soll Duisburg als Stadt der Industriebrachen, zu denen brutal ins Siedlungsgefüge geschlagene Lastwagenschneisen führen und an denen sich halb abgerissene Stadtteile reihen, in die Geschichte eingehen? Müsste die Stadt nicht anstelle des Zurückweichens ihre Entwicklung zum Rhein hin ins Auge fassen? Bruckhausen könnte wieder an den weiten Rheinauen liegen, die neuen größeren und kleineren Unternehmen im öffentlich gemachten Landschaftsgrün Raum geben und neue Arbeitsplätze bieten. Über die Zukunft der Entwicklung muss nun öffentlich nachgedacht werden.

Ingrid Krau war zuletzt Professorin für Städtebau an der TU München. Sie hat ein langes Vorleben im Ruhrgebiet, u.a. als Planerin bei der Stadt Duisburg.

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Leo Löwe

Duisburg – eine Stadt wird zerstört

Nein, dieses Buch wirft den Leser nicht in eine tiefe Depression, wie der Autor im Vorwort selbst vermutet und wofür er angesichts der geschilderten Ungeheuerlichkeiten in Duisburg allen Grund hat. Nein, dieses Buch, die dargestellten Vorgänge machen wütend. Sie machen mich so wütend, dass ich mich wundere, dass die Menschen in Duisburg nicht längst zu ganz anderen Mitteln als dem gesprochenen Wort und der politischen Debatte greifen.

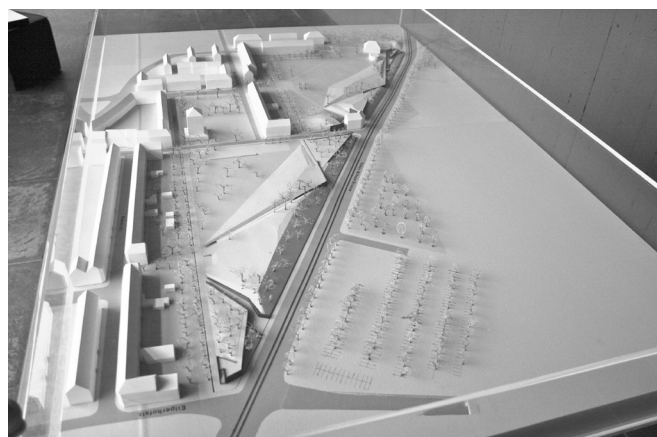
Worum geht es? Im Duisburger Norden, in Bruckhausen und Marxloh, den von der industriellen Vergangenheit geschundenen Keimzellen des früheren Duisburger Wohlstands, wollen die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik den Ortskern bzw. eine Wohnsiedlung abreißen. In Bruckhausen soll ein „Grüngürtel“ entstehen, wo einst und heute das Zentrum einer Gemeinde stand und teilweise (trotz längst begonnener Abrisse) noch heute steht. In Marxloh soll die Zinkhüttenplatzsiedlung mit 400 Wohnungen einem Factory Outlet Center eines reichlich dubiosen Investors weichen. In beiden Fällen arbeiten die Täter mit gleichen Waffen (die sie Argumente nennen, obwohl es keine sind): Der Bevölkerungsrückgang, die soziale und demografische Lage (also arme, ausländische und alte Menschen), der miserable bauliche Zustand, die notwendige Positionierung Duisburgs im globalen Wettbewerb ließen keine Alternative. Letztlich sei das zu erbringende Opfer für die betroffenen Menschen gering und es würde alles getan, um Härten zu vermeiden.

Roland Günter trägt akribisch die Punkte zusammen, die am Ende nur einen Schluss zulassen: Die behaupteten Argumente greifen nicht. Entweder sind sie beliebig oder geradezu falsch. Sie sind zynisch und respektlos gegenüber den Menschen, die in den ach so heruntergekommenen Vierteln wohnen und sich dort seit Jahren und Jahrzehnten wohlfühlen. Diese Menschen entsprechen womöglich nicht dem Bild der Wohlständigen im Süden der Stadt, sie sind dennoch Bürgerinnen und Bürger der Stadt Duisburg und wollen dies überwiegend auch bleiben.

Die Wohlständigen haben sich offensichtlich längst aus der Idee der solidarischen Stadt verabschiedet und finden – und das ist der eigentliche Skandal – willfährige Helfer in allen Teilen der Politik. 74 von 75 Ratsmitgliedern haben dem Abriss der von Max Taut entworfenen Zinkhüttenplatzsiedlung zugestimmt und damit der Vertreibung von fast 1.000 Menschen. Dieselben Ratsmitglieder haben auch kein Problem damit, dass in Bruckhausen ganze Straßenzüge mit gewachsener Bausubstanz in kriegsähnlicher Manier geplant werden und damit Tausende von Menschen ihre Heimat verlieren. Auch von den Duisburger Vertreterinnen und Vertretern im Düsseldorfer Landtag sind keine kritischen Äußerungen zur Duisburger Stadtzerstörung bekannt.

All dies weist Roland Günter unermüdlich und im Detail nach, er zeichnet die Ereignisse nach, die aus Duisburg ein Schlachtfeld machen. Und doch ist Duisburg nur ein Beispiel

für das, was Roland Günter zu Recht „Stadtmassaker und Sozialverbrechen“ nennt. Dabei ist der Autor polemisch und unfair gegenüber jenen, die zynisch und skrupellos mit der eigenen Bevölkerung umgehen; er ist respekt- und achtungsvoll gegenüber jenen, die ein weiteres Mal zum Opfer einer perversen Logik werden.



Modellfoto Bruckhausen: Abriss für Distanz
Foto: Manfred Walz

Kurz: Dieses Buch will nicht objektiv sein. Es kann es auch gar nicht. Dieses Buch bezieht Stellung und es tut dies in vollem Bewusstsein des Autors, der sich nicht scheut, dies zu sagen. Roland Günter legt uns hier ein dringend notwendiges Buch für alle Menschen vor, die sich noch nicht abgefunden haben mit der abgeschmackten und gekauften Wirklichkeit der Kollaborateure und Nutznießer. Auf fast 400 Seiten rechnet er mit ihnen ab; auf 40 Seiten – aus gutem Grund in der Gegenrichtung zu lesen – umreißt er eine andere Wirklichkeit, die mehr ist als nur eine „visionäre Stadt“.

Mit Bernward Vesper: „... ich weiß, daß wir und andere nur glücklich werden können, wenn wir unsere erfahrungen in haß und unsern haß in energie verwandeln. ich glaube an die nützliche funktion des hasses. er ist ausdruck dafür, daß wir uns nicht länger unterdrücken lassen wollen, weder durch uns noch durch andere. aber das ist noch nicht alles, erst die liebe und solidarität – das ist liebe + praxis – kann diesem notwendigen haß ein ende bereiten. ich dürste danach, aber ich lüge mir auch nicht länger in die eigene tasche.“

Roland Günter

Stadtmassaker und Sozialverbrechen.

Studie zur Kommunalpolitik am Fallbeispiel „Stadtzerstörung und Stadtentwicklung in Duisburg“.

Essen 2013, Klartext-Verlag. 432 Seiten mit vielen Bildern

Leo Löwe, geb. in einer Zeit des Umbruchs, aufgewachsen in einer Zeit der scheinbaren Gewissheit, politisch sensibilisiert in einer Zeit der Lügen, versucht er seinen kleinen Beitrag zur Überwindung des falschen Lebens zu leisten. Wenn man ihn lässt. Schriftstellerisch und politisch positioniert, leidet er an den Grenzen des momentan Machbaren und hält es mit dem Vorbild: „Mein Leben ist mir zu kostbar; mich unter einen Apfelbaum zu stellen und ihn zu bitten, Birnen zu produzieren.“ Er hört aber nicht auf, daran zu glauben, dass Apfel und Birnen für alle da sind.

Sebastian Müller / Manfred Walz

Ideenwettbewerb „metropoleruhr“, letzter Teil:

Fünf Utopien für das Ruhrgebiet zündelten am Regionalplan Ruhr

AMOS hat sich in den Ideenwettbewerb „metropoleruhr“ des RVR (Regionalverband Ruhrgebiet) von seinem Beginn über mit der Zeitschrift verbundene Wissenschaftler und PlanerInnen eingeklinkt. Wir haben offene Türen im Wettbewerb für BürgerInnen, neue Ideen zur Armutsbekämpfung und mehr Rücksicht auf Alltagszeitbudgets von Schichtarbeitern, Familienfrauen und Kindern angemahnt. Mitte Oktober ging der Ideenwettbewerb um Leitbilder für ein zukünftiges Ruhrgebiet zu Ende, mit einem Feuerwerk von Ideen, Fantasien, Bildern, Manifesten, Visionen, Analysen und Szenarien – in die Luft gejagt von fünf zum Teil internationalen Planungsteams in der Gebläsehalle des Nordparks Duisburg. Unser Eindruck: Das ist positiv ausgefallen. Warum?

Planung von unten

Das Verlangen der Planungsteams, den Typ des in Erz gegossenen Planes durch einen offenen regionalen Konzeptions- und Realisierungsprozess der kleinen Schritte zu ersetzen, war überdeutlich. Der „Blick von oben“, der regelmäßig einer nach oben ist und sich an vermeintliche Spitzenleistungen des Ruhrgebiets – nur Mainstream natürlich – dranhängt, ist unterblieben. Zehn Jahre vergebliches Beschwören einer Metropole Ruhr von Weltgeltung, das hätte für den RVR am 16. Oktober 2013 sein Ende finden müssen. Niemand gab auch nur einen Pfifferling dafür. Von wild wuchernden „Zielbäumen“, die Scheinhierarchien von Planungsansätzen produzieren, am Ende des Tages aber buchstäblich den Wald vor Bäumen nicht mehr sichtbar und bearbeitbar machen, blieb der Ideenwettbewerb ebenfalls verschont. Auch gab es keinen einzigen Versuch mehr, der Desorganisiertheit und Peripherisierung des Ruhrgebiets mit ein paar „Leuchttürmen“ einer schicken, bevorzugt markt- oder konsumorientierten Modernisierungsstrategie auf die Sprünge zu helfen.

Im Gegenteil: Angesichts der bröseligen, durch öffentliche Verkehrsmittel unzureichend vernetzten – frei nach Thomas Sieverts eher „zwischenstädtischen“ – Ruhrgebietsstädte ohne rechten Kern, angesichts von Restbeständen von Landschaft ohne Chance, dass aus ihnen jemals gesittete Parklandschaften werden würden, angesichts von neuen Ökonomien, die der Region kein Leitmotiv mehr vorspielen können, wurde Entwicklungspotenzial des Ruhrgebiets und seine Zukunft eher als schwach hierarchisierte Stadtregion gedacht. Das könnte eine viel spannendere und letztlich krisenfestere und ökologisch „resilientere“ Großstadtregion werden als es die klassischen Metropolen Paris, London oder Berlin heute sind. Niemand mehr hat Wunderpillen für die Region verabreichen wollen. Stattdessen gab es offene Worte zu den hartnäckigen Gebäudeleerständen, den ökonomischen Arbeitsplatz- und Armutsproblemen, zur Marginalisierung von Stadtkultur und Intellektualität jenseits von Popkultur, Industrie und Fußballphilosophie. Für alles gab es bis zur Stadtteilebene hin durchdachte, ernsthafte Vorschläge, besser noch: Es gab multidimensionale Verbesserungsvorschläge, die sich in einer

Wechselwirkung von regionalen Strategien und kleinräumig angedockten Projekten und Projektchen entwickelten. Vieles hatte betörend anregende alltägliche Anknüpfungspunkte und utopische Kanten zugleich: Ob das nun der Vorschlag war, Schule zwar als Lernort zu sehen, sie aber zugleich als Umschlagsplatz für selbstorganisierte Mikroökonomien der Nahrungsmittelproduktion usw. zu entdecken und zugleich als Umsteigepunkte vom Fahrradweg auf Bus- oder S-Bahnnetze einzuführen, oder ob es der Vorschlag war, eine Verdichtung lokaler und regionaler, z.B. universitärer Initiativen der Wissensproduktion voranzubringen, um das Wissen der Region und das Know-how des Stadtteils als Schlüssel für Wachstum zu nutzen usw.

Deutlich führten die Teams eine kleinteilige Sicht auf ein verkehrlich neu zu verbindendes Ruhrgebiet vor, das, statt wie bisher in Dispositions- und Zwischenräumen zu versacken, „multimodal“ zu verknüpfen wäre. Darauf legten insbesondere die „Netzwerstadt“ des Team A und auch das Team D der „WiR Metropole Ruhr“ ihr besonderes Gewicht, aber bitte nicht in der traditionellen Auto- und LKW-verliebten Entwicklungsdenke. Übereinstimmend wurde vorgebracht, dass die hartnäckig mangelhafte regionale Kommunikation des Ruhrgebiets in neuen Formen regionaler, politischer Abstimmung überwunden werden muss. Die Direktwahl des „Ruhrparlaments“ des RVR endlich in den Stiel zu stoßen, wäre ein Schritt vorwärts zur „Governance“ des Ruhrgebiets als Ganzem, und mit der Hoffnung verbunden, das Hase- und Igel-Rennen lokaler Initiativen und Kirchturmspolitiken um öffentliche Gelder und Anerkennung in einen einigermaßen transparenten regionalen Raum zu verlagern und ihm eine demokratische Perspektive zu verschaffen. Damit gelänge öfter als bisher eine regionale Politisierung von lokalen Bedürfnissen, Eigensinnigkeiten und Begehrlichkeiten an einem regional bedeutsamen politischen Ort, auf einer öffentlichen Bühne.

Ob dann über das Ganze noch „Neuland Ruhr: Perspektive postkapitalistische Regionalentwicklung“ geschrieben wird, wie das – mutig, mutig – das Team E tat oder ob das Team C sein „polyzentrales und polyperipheres Ruhrgebiet“ durchsetzt oder ob mit Team B („Next Ruhr“) zu „Ruhrrevolution oder elegantem Schrumpfen“ aufgerufen wird, das ist dann eher nur noch ein Wettbewerb um den Preis für die sexysten oder coolsten Leitbegriffe für eine unorthodoxe, soziale und freiheitliche, aber metropolenferne Zukunft der Ruhrregion.

Wie weiter?

Planung seitwärts am Regionalplan vorbei?

Die ca. 300 Leute im Saal, die gelegentlichen Mitdiskutanten, die fünf diskussionsbegeisterten Planungsteams der dritten Werkstatt am 16. Oktober: Alle wollten am Ende des Tages weitermachen, die Offenheit der Debatte um die Zukunft des Ruhrgebiets ohne abgesteckte Claims und das ri-

sikoreiche Denken und Sprechen genießen. Was wird aus all den schön ausgedachten Ideen beim Planen, insbesondere beim aktuellen Regionalplanen werden? Diese – auch ausgesprochene – Frage hat alle am Veranstaltungsende umgetrieben. Aber vor einer Debatte um eine Durchsetzungsstrategie scheute das Zukunftsforum zurück. Hinzu kommt eine Schwäche der Diskussion, die die Grenzen der Umsetzung der Vorschläge durch die Rahmenseetzungen aus privatem Grundbesitz, durch Energiekonzerne, Bundesbahn und die Kirchen nicht benannte. Ebenso war der fast völlige Ausfall jeder Kritik an vermachteten und der mit den ökonomisch mächtigen Interessen verfilzten regionalen und kommunalen Gestaltungseliten festzustellen. Deren z.B. energiepolitische Scheuklappen hinlänglich bekannt sind, deren erkennbar wachsendes Desinteresse an regionalen Lösungen zudem ein Problem auch jedes neu aufgestellten Regionalmanagements sein werden.

Im Regionalplan sind diese Interessen fest verankert. An ihm ist nichts mehr zu löten oder irgendwo ökologisch oder stadtstrukturell Innovatives oder Alternatives unterzubringen. Da finden wir das vom RVR gegebene schöne grafische Bild des Verfahrens realistisch: Nach Abschluss der Zukunftsforen soll es noch die Beratung des Wegs zum Regionalmanagement geben. Dann folgt eine Zäsur, eine doppelte Bruchlinie ohne Brücke zum Regionalplan. Aus, Ende.

Unsere Vorschläge

Das Regionalmanagement wird sich in Projekten durch-

setzen müssen. Aus dem, was im Ideenwettbewerb aufgekommen ist, gibt es vielleicht vor allem drei oder vier Projekte, die wir uns erlauben – voller Hoffnung – anzumelden:

- Einige „Nahräume“ oder Quartiere im Ruhrgebiet so organisieren, dass die Wohnbedürfnisse für Frauen und Kinder weitsichtig erfüllt werden, ihre Emanzipation und Alltagszeitbudgets im Blick bleiben und der multimodale „Hub“ in die Region gesichert wird;
- Einige „Neuländer“ platzieren, um ausgewählten Initiativen der Stadtentwicklung Raum für gesellschaftliche und stadtstrukturelle Experimente und Phantasie zu schaffen, bei denen sich Deregulierung und Reregulierung die Hand reichen sollen;
- Einige Ertüchtigungen des regionalen Verkehrs angehen, die Mobilitätsbedürfnisse und -notwendigkeiten der Ruhrregion zeitgemäß und attraktiv umsetzen.
- Einen regionalen Aktionsplan Armutsbekämpfung nördlich der A40, dem „Sozialäquator“, angehen, der die Erfahrungen von 30 Jahren „Soziale Stadt“ hier zusammenführt, Exklusion durch Inklusion ersetzt und daraus einen erfolgreichen Entwicklungsmechanismus für die Emscherzone schmiedet, der der IBA Emscherpark 1989 – 1999 das Wasser reicht.

Sebastian Müller ist Soziologe, Planungs- und Wohnungswissenschaftler. Er lebt in Dortmund.

Manfred Walz, s.S. 7



Wir sind Ihre Bank.

Als erste evangelische Kirchenbank und eine von wenigen Banken in Deutschland setzt die *Bank für Kirche und Diakonie – KD-BANK* einen Nachhaltigkeitsfilter für ihre eigenen Wertpapieranlagen ein. Alle Kunden, die Spar- oder Termineinlagen bei uns unterhalten, profitieren automatisch vom Nachhaltigkeitsfilter der Bank. Sie können sich sicher sein, dass auch die Kundengelder, die nicht als Kredite an Kirche und Diakonie herausgelegt werden, bestmöglich unter der Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien angelegt werden. Außerdem beraten wir Sie gern bei Ihrer Auswahl nachhaltiger Aktien und festverzinslicher Wertpapiere.

Nähere Informationen: www.KD-BANK.de/Nachhaltigkeitsfilter

Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-BANK
www.KD-BANK.de • Fon 0231-58444-0 • Info@KD-BANK.de



Susanne Hefekäuser – 7. Oktober 2013

Kindheit in Hebron – zwischen Mauern, Waffen und Stacheldraht

Manche Kinder wollen nicht in den Kindergarten. Andere wollen nicht ins Gefängnis. Manche haben Angst vor Gespenstern. Andere vor Terroristen.

Der Junge, der mir fast das Herz brach, war etwa vier Jahre alt. Mit großen, scheuen Augen lugte er hinter der Tür des neu verputzten Kindergartens hervor. Er schluchzte lautlos. „Ich will nach Hause“, wiederholte er immer und immer wieder.

Fünf Wochen lang hatten palästinensische Aktivisten von „Youth against Settlements“ ein leerstehendes palästinensisches Haus renoviert, weiß gestrichen und Bilder von Spongebob Schwammkopf, von Tom und Jerry auf die frisch getünchte Hauswand gemalt. Der Kindergarten sollte wieder palästinensisches Leben in das vom israelischen Militär und Siedlern beherrschte und durch Checkpoints, Mauern und Stacheldraht hermetisch abgeriegelte Stadtzentrum bringen, aus dem so viele Palästinenser wegziehen, weil israelische Siedler und Soldaten ihnen das Leben schwermachen. Die Aktivisten hatten Sandsäcke, Zement und Mörtel auf ihren Schultern hierhergeschleppt, weil Palästinenser in diesem Teil der Stadt nicht Autofahren dürfen, sie hatten am Checkpoint stundenlang mit Soldaten diskutiert, damit sie Werkzeug mit in die militärische Zone nehmen durften, sie hatten immer wieder den Militärs widersprochen, die Arbeiten einzustellen.

Dem kleinen Jungen waren all diese Mühen egal. Er wollte einfach nicht in den Kindergarten ... Wahrscheinlich hat mich sein Weinen deswegen so getroffen, weil es eine so normale kindliche Reaktion war. Bis zu diesem Moment war es für mich unvorstellbar gewesen, dass es in einer Stadt wie Hebron Kinder geben kann, denen so etwas Banales wie ein Kindergarten überhaupt noch Angst einjagen kann. Im Juli war ein 5-jähriger Junge vom Militär festgenommen worden, weil er einen Stein gegen das Auto eines Siedlers geworfen haben soll. Als ein kleines Mädchen vor ein paar Tagen ihre Puppe auf der Treppe vor ihrer Schule fallen ließ, wagte sie es nicht, sie wiederzuholen, weil sie 30 cm weit in die den Siedlern vorbehaltene, für Palästinenser verbotene Zone gefallen war. Ihre Augen waren vor Panik weit aufgerissen, als sie mich darum bat, ihre Puppe für sie wiederzuholen.

Die Kinder von Hebron wachsen in einer Welt auf, in der Wachtürme, Mauern und Stacheldraht zur Landschaft und die Begegnung mit bewaffneten Soldaten und Siedlern selbstverständlich zum Alltag gehören. Etwa 1.500 israelische Soldaten sind ständig in der Stadt stationiert, um für die Sicherheit der israelischen Siedler zu sorgen, die in vier Siedlungen in der Innenstadt und zwei Siedlungen am Stadtrand unter etwa 30.000 Palästinensern leben.

Doch auch jenseits der hohen, mit Stacheldraht und Wachposten versehenen Mauern der Siedlungen, ist die Kindheit nicht unbedingt unbeschwerter. Wenn man an einem Freitagnachmittag die Prayers Road entlangläuft, die sich zwischen der großen israelischen Siedlung Kiryat Arba und der Innenstadt erstreckt, sieht man eine Prozession von festlich gestimmten Siedlern mit weißem Gebetsgewand zum Shabbat-Gebet in der Synagoge ziehen, vorbei an einem Spalier aus Militärposten, Jeeps und Panzerfahrzeugen, die sich zu ihrem Schutz entlang der Straße postiert haben. Hier begegnet

man Vätern, die ihre Kleinkinder an der einen und ihr Gewehr in der anderen Hand halten. Manche der kleinen Jungen mit Schläfenlocken und Kippah schauen sich immer wieder nervös nach den Soldaten um, andere ziehen mit stolzeschwellter Brust die Straße hinab. Dazwischen kicken ein paar palästinensische Jungen Fußball, hier und da überqueren ein Esel oder eine Schafherde die Straße. Wenn ich dieses Schauspiel beobachte, möchte ich gerne in den Kopf eines der Kinder hineinschlüpfen, die an mir vorbeiziehen und die Szene mit ihren Augen sehen. Denn was für mich eine Handvoll Häuser in einem Tal, ein paar spielende Kinder und blökende Schafe sind, muss für sie eine unermessliche Bedrohung darstellen. Sie lernen von Kleinauf, dass sie umgeben sind von Gefahr, dass Palästinenser ihnen und ihren Familien nach dem Leben trachten, und dass das Leben wie in einem Hochsicherheitsgefängnis die einzige Möglichkeit zum Überleben ist.

Obwohl israelische Siedler und Palästinenser in Hebron Tür an Tür wohnen, könnten sie kaum abgeschirmter voneinander leben. Jeden Tag quälen sich große Reisebusse durch die enge Shuhada-Straße, um die Kinder in der Siedlung Beit Hadassah abzuholen und in jüdische Schulen zu bringen. Gleichzeitig laufen palästinensische Kinder die Straße entlang zu ihrer Schule, die direkt gegenüber der Siedlung liegt. Während palästinensische Mütter ihr Obst und Gemüse auf dem Markt kaufen, nutzen israelische Mütter dafür Läden in einer der Siedlungen. Die Strecke Jerusalem-Hebron wird getrennt voneinander von palästinensischen und israelischen Busunternehmen bedient, es gibt unterschiedliche Handynetze für Israelis und Palästinenser und ein paar Wochen im Jahr leben die beiden Gruppen sogar in verschiedenen Zeitzonen, weil die Uhren der Siedler einen Monat später auf Winterzeit umgestellt werden als die der Palästinenser. Vor ein paar Tagen habe ich morgens ein etwa dreijähriges jüdisches Mädchen gesehen, das vor dem Siedlungshaus Beit Hadassah stand und neugierig ein etwas älteres palästinensisches Mädchen auf ihrem Weg zur Schule beobachtete. Auf die Idee, miteinander zu spielen, kämen die beiden wohl nie. ...

Die militärische Besetzung der Stadt und des gesamten Westjordanlandes, die völkerrechtswidrige Ansiedlung von israelischer Zivilbevölkerung in dem besetzten Gebiet – all das hat eine Situation hervorgebracht, die so falsch ist, dass es in ihr nichts Richtiges mehr geben kann. Sowohl jüdische als auch palästinensische Kinder wachsen mit dieser Situation auf, ihr Konzept von Normalität wird durch sie geprägt. Sie lernen, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden in einem Umfeld, in dem diese Begriffe nur leere Worthülsen sind. In dem kindliche Ängste nichts Abstraktes, sondern reale Gefahren zum Inhalt haben.

Man würde dem kleinen Jungen wünschen, dass er seine Kindheit behalten darf, dass seine größten Sorgen in Zukunft schlechte Schulnoten, gemeine Klassenkameraden oder Ärger mit seinen Eltern wären. Doch auch er wird bald merken, dass es in Hebron Schlimmeres gibt als Kindergärten. Viel Schlimmeres.

Susanne Hefekäuser ist Journalistin in Istanbul. (Text von AMOS gekürzt)

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Neue Bilderbücher aus dem Peter Hammer Verlag

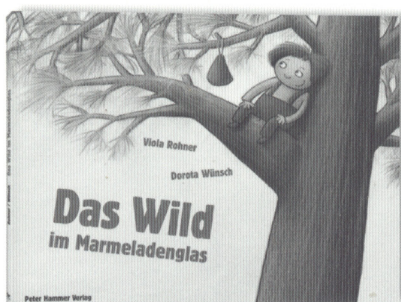


Nadia Budde
Und außerdem sind Borsten schön
32 S. | geb. | ab 3 | € 14,90
ISBN 978-3-7795-0433-7

Alle wären gern ein bisschen schöner!
Thilo Schramm hat zu viele Kilogramm,
Olli träumt von einem ordentlichen
Bizeps und Waldemar von glattem Haar.
Nur Onkel Parzival, dem ist sein Äußeres
egal. Er findet: „Eins ist wichtig, wie du
bist, so bist du richtig!“ Ein lustiger
Firlefanz um die Schönheit.



www.peter-hammer-verlag.de



Viola Rohner (Text)
Dorota Wünsch (Illustr.)
Das Wild im Marmeladenglas
24 S. | 14,90 | ab 4
ISBN 978-3-7795-0479-5

Neuerdings wartet auf dem Weg zum
Kindergarten ein Wild auf Kira! Es sitzt
im Baum, hat scharfe Zähne und ist
füchterlich. Wie Kira es fertigbringt, das
Wild in seine Schranken zu weisen und
dabei selbst ein ganzes Stück zu wach-
sen, erzählt diese Geschichte sensibel
und humorvoll.



Ronan Badel
Der fette Fang
24 S. | geb. | € 9,90
ISBN 978-3-7795-0478-8

Das Netz ist ausgeworfen, der Fischer
ruht in der Sonne. Sein Hund steht als
stolze Galionsfigur am Bug. Plötzlich
scheint etwas Großes ins Netz gegang-
en: Es zieht den Fischer aus dem Boot
und ins Wasser! Der Hund späht und
heult und weint in die Wellen. Wie den-
noch alles gut und sogar ganz wunder-
bar wird, erzählt das kleine Buch ohne
ein einziges Wort. Hier spinnen allein
die Bilder schönsten Seemannsgarn!

